



Bayerisches Landesamt für  
Umwelt



**Dialog zu Klimaschutz und Energiewende**

# **Energienutzungsplan und Energiekonzept**

**Landesamt für Umwelt Augsburg, 12.11.2013**



Veranstaltungsdokumentation

UmweltSpezial

## Impressum

Energienutzungsplan und Energiekonzept  
(Dokumentation der Regionalveranstaltung für Schwaben am 12.11.2013 in dem Bayerischen Landesamt für Umwelt Augsburg)

### Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)  
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160  
86179 Augsburg  
Tel.: 0821 9071-0  
Fax: 0821 9071-5556  
E-Mail: [poststelle@lfu.bayern.de](mailto:poststelle@lfu.bayern.de)  
Internet: [www.lfu.bayern.de](http://www.lfu.bayern.de)

### Text:

Ursula Ammermann, Sonja Epple, Brigitte Gans und Markus Weinkopf, citycom, Pfarrer-Grimm-Straße 2, 80999 München  
Vorträge der Referenten  
LfU, Referat 17, Annika Malewski

### Bearbeitung und Redaktion:

LfU, Referat 17

### Bildnachweis:

Bayerisches Landesamt für Umwelt

### Stand:

Februar 2014

Diese Druckschrift wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Sofern in dieser Druckschrift auf Internetangebote Dritter hingewiesen wird, sind wir für deren Inhalte nicht verantwortlich.

Für die Inhalte zu den Vorträgen und Erfahrungsberichten der Impulsgeber zeichnen die Autoren selbst verantwortlich. Die darin ausgedrückten Meinungen geben ausschließlich die Meinung des jeweiligen Autors wieder.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Veranstaltungsprogramm</b>	<b>7</b>
<b>3</b>	<b>Teilnehmerliste</b>	<b>8</b>
<b>4</b>	<b>Impressionen der Veranstaltung</b>	<b>10</b>
<b>5</b>	<b>Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept</b>	<b>11</b>
5.1	Energienutzungsplan	11
5.2	Energiekonzept	12
5.3	Gemeinsamkeiten und Unterschiede	12
<b>6</b>	<b>Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung</b>	<b>14</b>
6.1	Klaus Hecht	14
6.2	Zusammenfassung des Vortrags	15
<b>7</b>	<b>Vortrag: Energiekonzept &amp; Energienutzungsplan – eine Einführung</b>	<b>16</b>
7.1	Pablo Schindelmann	16
7.2	Zusammenfassung des Vortrags	16
<b>8</b>	<b>Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne</b>	<b>18</b>
8.1	Stefan Graf	18
8.2	Zusammenfassung des Vortrags	18
<b>9</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Markt Welden</b>	<b>19</b>
9.1	Peter Bergmeir	19
9.2	Zusammenfassung des Vortrags	19
<b>10</b>	<b>Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Buttenwiesen</b>	<b>22</b>
10.1	Norbert Beutmüller	22
10.2	Zusammenfassung des Vortrags	23
<b>11</b>	<b>Ergebnisse der Thementische</b>	<b>25</b>
11.1	Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern	26
11.2	Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen	31
11.3	Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland	35
11.4	Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)	38

<b>12</b>	<b>Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte</b>	<b>42</b>
12.1	Dr. Peter Wunsch	42
12.2	Zusammenfassung des Vortrags	42
<b>13</b>	<b>Bruno Danetiu: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte</b>	<b>44</b>
13.1	Portrait Bruno Danetiu	44
13.2	Zusammenfassung des Vortrags	45
<b>14</b>	<b>Resümee</b>	<b>47</b>

# 1 Einführung

Bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort haben die Kommunen eine Schlüsselfunktion. Unter anderem unterliegt ihnen die Planungshoheit und zum Teil auch die Energieversorgung vor Ort. Zusätzlich kommen ihnen Aufgaben der Koordinierung und Motivierung zu, um alle Beteiligten erfolgreich in den Prozess einzubinden. Steigende Energiepreise und mögliche künftige Versorgungssengpässe, der Klimawandel und viele weitere Aspekte machen ein möglichst zeitnahes Agieren notwendig.

Als Hilfe und Planungsgrundlage, damit Kommunen auf diesem Weg informierte Entscheidungen treffen können, dienen die beiden Instrumente Energienutzungsplan (ENP) und Energiekonzept (EK). Ausgangspunkt ist bei beiden eine Analyse von Ist-Daten und eine Ermittlung von Potenzialen sowohl für die Energieerzeugung als auch für mögliche Einsparungen des Energieverbrauchs im Gemeindegebiet. Darauf aufbauend kann die Kommune ihre Maßnahmen für Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und eine Umstellung auf regenerative Energieträger entwickeln und optimal aufeinander abstimmen. Trotz dieser Gemeinsamkeiten haben die beiden Förderinstrumente ENP und EK unterschiedliche Ausprägungen, beispielsweise in Bezug auf die Einbindung der Öffentlichkeit (bei dem EK stärker ausgeprägt) oder die Verortung von Daten (bei dem ENP stärker ausgeprägt).<sup>1</sup>

Mit einer Veranstaltungsreihe zum ENP und EK in allen bayerischen Regierungsbezirken wurde den Teilnehmern ein Forum zur Umsetzung von ENPs und EKs geboten. Zu der Zielgruppe zählten in erster Linie Verwaltungsmitarbeiter und politische Entscheidungsträger kleinerer Kommunen. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den jeweiligen Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV durchgeführt. Als Kooperationspartner haben sich darüber hinaus das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag – beteiligt.

Die Regionalveranstaltung für Schwaben wurde am 12.11.2013 in dem Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg durchgeführt. Während der Begrüßung, die durch Vertreter der schwäbischen Bezirksregierung, des Bayerischen Umweltministeriums und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV vorgenommen wurde, wurde bereits die herausragende Rolle der Kommunen bei der Energiewende betont. Im Laufe der Veranstaltung berichteten unter anderem im ENP und EK erfahrene Kommunen über die praktische Umsetzung. Der Kern der Veranstaltung war ein interaktiver Erfahrungsaustausch im Rahmen von sogenannten Thementischen. Der Tag wurde schließlich mit einem Überblick über die Ergebnisse der Thementischrunden sowie über die verschiedenen Förderaspekte abgerundet.

Hiermit stellen wir die Dokumentation der Regionalveranstaltung in Schwaben allen Teilnehmern und Interessierten zur Verfügung. Zudem werden die Ergebnisse der sieben Regionalveranstaltungen in einer Gesamtdokumentation zusammengefasst und über den Bestellshop des Bayerischen Umweltministeriums ([www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de)) bis voraussichtlich Mitte März 2014 zum öffentlichen Download eingestellt.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher wird dies in den Kapiteln 5, 6, 7 und 12 erläutert.

### **Energie-Atlas Bayern: „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“**

Unter dem Titel „Dialog zu Klimaschutz und Energiewende in Kommunen“ führte und führt das Bayerische Landesamt für Umwelt gemeinsam mit den Bezirksregierungen und der Bayerischen Energieagentur ENERGIE INNOVATIV Veranstaltungen zu den Instrumenten „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften“ (Frühjahr 2013) und „Energienutzungsplan und Energiekonzept“ (Herbst/Winter 2013) sowie „CO<sub>2</sub>-Bilanzierung“ (geplant für Ende 2014) jeweils in allen Regierungsbezirken durch.

Die Veranstaltungsreihen sind ein Projekt der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen des Energie-Atlas Bayern ([www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de)), der zentralen Informationsplattform zur Umsetzung der Energiewende vor Ort und werden vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gefördert. Weitere Kooperationspartner sind das Bayerische Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Innenministerium mit der Obersten Baubehörde sowie die kommunalen Spitzenverbände – der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag.

Die Erkenntnisse aus den Veranstaltungen dienen dazu, konkrete Umsetzungshilfen für die bayerischen Kommunen zu entwickeln und im Energie-Atlas Bayern zur Verfügung zu stellen.

## 2 Veranstaltungsprogramm

<b>Moderation:</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt	
<b>09:00 Uhr</b>	<b>Begrüßung</b> Karl Michael Scheufele, Regierungspräsident von Schwaben Dr. Josef Hochhuber, Bay. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Katharina Schuster, Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
09:15	<b>Energiekonzepte und Energienutzungspläne – eine Einführung</b> Bruno Danetiu, Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (in Vertretung für Klaus Hecht, Ländliche Entwicklung – Bereich Zentrale Aufgaben) Pablo Schindelmann, Bayerisches Landesamt für Umwelt
09:35	<b>Plädoyer des Bayerischen Gemeindetages für die Erstellung von Energiekonzepten und Energienutzungsplänen</b> Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag
09:45	<b>Werkstattberichte</b> Peter Bergmeir, 1. Bürgermeister, Markt Welden Norbert Beutmüller, 1. Bürgermeister, Gemeinde Buttenwiesen
<b>10:25 – 10:45</b>	<b>Kaffeepause</b>
10:45	<b>Thementische, Runde 1 &amp; 2</b> - <b>A/C:</b> Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern - <b>B:</b> Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen - <b>D:</b> Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland - <b>E:</b> Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger/Unternehmen)
<b>12:15 – 13:15</b>	<b>Mittagspause</b>
13:15	<b>Fortführung der Thementische, Runde 3 &amp; 4</b> Themen siehe bitte Programm Vormittag
<b>14:50 – 15:10</b>	<b>Kaffeepause</b>
15:10	<b>Aspekte der Förderung</b> Dr. Peter Wunsch, Bayern Innovativ Bruno Danetiu, Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben
15:40	<b>Kurzbericht der Thementische</b> Moderatoren der Thementische
16:00	<b>Resümee</b> Dr. Michael Joneck, Bayerisches Landesamt für Umwelt
16:15	<b>Ende des offiziellen Programms</b>

### 3 Teilnehmerliste

Name	Vorname	Kommune/Institution
1. Ammermann	Ursula	citycom
2. Baumgärtner	Günther	Stadt Neu-Ulm
3. Bergmeir	Peter	Markt Welden
4. Beutmüller	Norbert	Gemeinde Buttenwiesen
5. Brautsch	Markus	Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden
6. Brodmerkel	Frank	Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation
7. Bzowka	Thomas	Regierung von Schwaben
8. Daberkow	Charlotte	Stadt Neu-Ulm, Abteilung Stadtplanung
9. Danetiu	Bruno	Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben
10. Demmeler	Martin	Green City Energy
11. Eberle	Hubert	Gemeinde Oberndorf a. Lech
12. Epple	Sonja	citycom
13. Fendrich	Julia	Bayerisches Landesamt für Umwelt
14. Feist	Heiko	Gemeinde Nersingen
15. Fuchs	Carla	Regierung von Schwaben
16. Gans	Brigitte	citycom
17. Gebhard	Monika	Stadt Bobingen
18. Geiger	Wolfgang	Stadtwerke Bad Wörishofen
19. Gößl	Fridolin	Gemeinde Oberhausen (an der Donau)
20. Graf	Stefan	Bayerischer Gemeindetag
21. Günther	Burkhard	Stadt Weißenhorn
22. Haselmayr	Tom	K.GREENTECH
23. Hertel	Markus	bifa Umweltinstitut GmbH
24. Hetterich	Wolfgang	Bayerische Verwaltungsschule
25. Hochhuber	Josef	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
26. Hochmuth	Otto	Gemeinde Gessertshausen
27. Huber	Bernhard	Gemeinde Friesenried
28. Joneck	Michael	Bayerisches Landesamt für Umwelt
29. Keis	Georg	Gemeinde Laugna
30. Kemp da Silva	Anita	Bayerisches Landesamt für Umwelt
31. Kienle	Manfred	Gemeinde Winterrieden
32. Kolar	Michael	Stadtwerke Bad Wörishofen
33. Kraus	Harald	Regierung von Schwaben
34. Krist	Hansjürgen	bifa Umweltinstitut GmbH
35. Lesser	Amelie	Technische Universität München
36. Malewski	Annika	Bayerisches Landesamt für Umwelt
37. Mayer	Günther	Markt Jettingen-Scheppach
38. Mayer	Joseph	Markt Wallerstein
39. Monhart	Erich	K.GREENTECH
40. Pawelke	Stephan	Stadt Memmingen
41. Schaidnagel	Rebecca	Verwaltungsgemeinschaft Hörnergruppe
42. Scheufele	Karl Michael	Regierung von Schwaben
43. Schindelmann	Pablo	Bayerisches Landesamt für Umwelt
44. Schott	Birgit	Umweltamt Stadt Augsburg

---

45. Schuster	Katharina	Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV
46. Schweiger	Peter	Gemeinde Klosterlechfeld
47. Stempfle	Karl	Stadt Nördlingen
48. Strahl	Oliver	Gemeinde Mittelneufnach
49. Tögel	Martina	Bayerisches Landesamt für Umwelt
50. Uano	Stephan	Verwaltungsgemeinschaft Offingen
51. Veh	Martin	Steinbacher Consult
52. Weinkopf	Markus	citycom
53. Wölfel	Torsten	Bayerisches Landesamt für Umwelt
54. Wunsch	Peter	Bayern Innovativ

## 4 Impressionen der Veranstaltung



Abb. 1: Karl Michael Scheufele (Regierungspräsident von Schwaben), Dr. Josef Hochhuber (Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz) und Dr. Katharina Schuster (Bayerische Energieagentur ENERGIE INNOVATIV) begrüßten die Teilnehmer.



Abb. 2: An den Thementischen konnten die Teilnehmer Erfahrungen zum ENP und EK austauschen.



Abb. 3: Auch während der Pausen gab es die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.



Abb. 4: Die prägnantesten Ergebnisse der Thementischrunden wurden am Nachmittag im Plenum vorgestellt.



## 5 Kurzinformation: Energienutzungsplan und Energiekonzept

### 5.1 Energienutzungsplan

Ein Energienutzungsplan (ENP) ist ein strategisches Planungsinstrument für den Energiebereich, vergleichbar dem Flächennutzungsplan im Bereich der Raumplanung. Er gibt einen Überblick über die bestehende Energieinfrastruktur, die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation sowie über die Potenziale für erneuerbare Energien in der Gemeinde in Form von Karten. Der ENP bildet somit die Basis, um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger aufeinander abzustimmen.

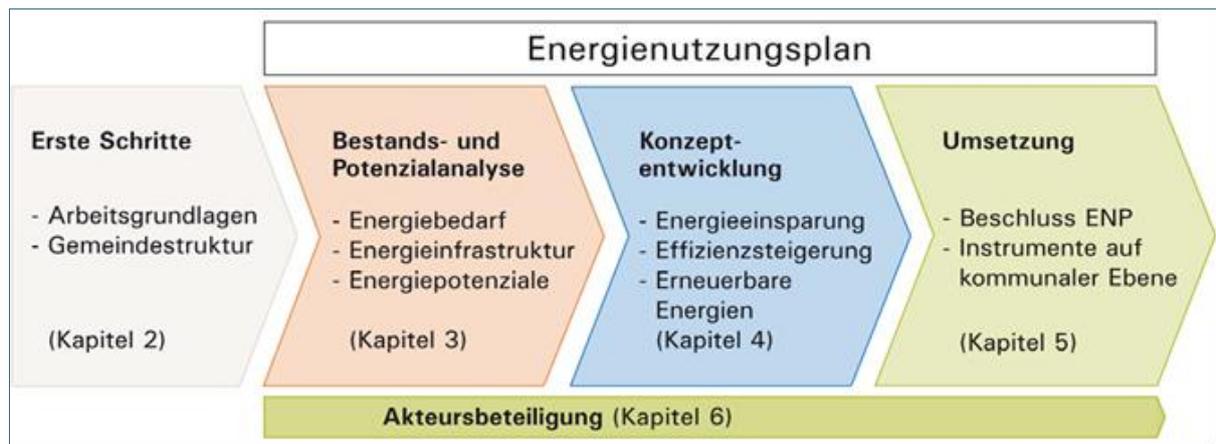


Abb. 5: Phasen bei der Erstellung eines ENPs.<sup>2</sup>

Der Ausgangspunkt eines ENPs wird durch die Bestands- und Potenzialanalyse gebildet, wobei der Energiebedarf, die Energieinfrastruktur und die Energiepotenziale einer Region einbezogen werden. Auf Basis dieser Analyse erfolgt die Entwicklung von Konzepten zur Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Das Ergebnis eines ENPs wird durch das Gesamtkonzept in Form von Karten und erläuternden Texten gebildet. Somit wird das Finden von optimalen Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Gemeinde erleichtert.

Die Erstellung eines ENPs wird durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert. Förderfähig sind die Kosten der Studie (Kosten für Planung, Durchführung und öffentlichkeitswirksame Präsentation der Studienergebnisse, z. B. in einer Bürgerversammlung), wobei der Fördersatz bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften beträgt.

Weitere Informationen erhalten Sie u.a. in dem „Leitfaden Energienutzungsplan“<sup>2</sup> und dem Energieatlas Bayern<sup>3</sup>.

<sup>2</sup> Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG), Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT), Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (OBB): Leitfaden zur Erstellung eines Energienutzungsplanes.  
[http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug\\_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC\(BILDxKEY:stmuug\\_klima\\_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF\)=Z](http://www.bestellen.bayern.de/application/stmug_app000002?SID=1308575284&ACTIONxSESSxSHOWPIC(BILDxKEY:stmuug_klima_00003,BILDxCLASS:Artikel,BILDxTYPE:PDF)=Z)

<sup>3</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/energienutzungsplan.html)

## 5.2 Energiekonzept

Die Erarbeitung eines Energiekonzeptes (EKs) kann sowohl im Rahmen einer Dorferneuerung, eines Gemeindeentwicklungsprozesses oder in der Integrierten Ländlichen Entwicklung gefördert werden. EKs sind daher immer Teil eines umfassenderen Entwicklungsprozesses in den ländlich strukturierten Gemeinden. Gerade die Energiewende bietet vielfältige neue Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums, insbesondere zur zusätzlichen Wertschöpfung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen; diese Chancen gilt es in der Ländlichen Entwicklung zu nutzen. Die EKs haben deshalb Querbezüge zu anderen Themenfeldern der gemeindlichen Entwicklung, beispielsweise zu:

- Landnutzung und Kulturlandschaftsentwicklung: Der Ausbau der erneuerbaren Energien verändert Landnutzungen, hat Auswirkungen auf die Agrarstruktur und benötigt entsprechendes Flächenmanagement.
- Innenentwicklung: Der Ausbau von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung führt nicht nur bautechnisch zu Synergien, sondern kann auch konzeptionell in die Entwicklung eines Dorfes oder einer Gemeinde integriert werden (v. a. auch im Hinblick auf die jeweilige demografische Entwicklung).

Eine Stärke der Ländlichen Entwicklung ist seit jeher ihre Umsetzungsorientierung. Die Hilfen bei der Umsetzung von EKs umfassen insbesondere:

- Beratung und Prozessmanagement,
- Flächenbereitstellung im Rahmen der Bodenordnung,
- Erschließung,
- Koordination von Baumaßnahmen sowie
- finanzielle Förderung.

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der EKs ist die intensive Einbindung der Menschen. Die bewährten Methoden der Bürgerbeteiligung in der Dorferneuerung und der Gemeindeentwicklung bieten die Grundlage dafür, dass Gemeinden, Bürger, alle Wirtschaftsbeteiligten und ganz besonders die Landwirte gemeinsam Visionen und Leitbilder, aber auch ganz konkrete Ziele und Maßnahmenkonzepte erarbeiten können. Dies trägt auch ganz erheblich zur Verbesserung der Akzeptanz bei.

Bürgerbeteiligung im Rahmen eines EKs heißt aber auch, die Menschen vor Ort in die Lage zu versetzen, bei der Erschließung des lokalen Energiepotenzials selbstbestimmt und aktiv mitwirken zu können. Im Rahmen der Erstellung und Umsetzung wird deshalb versucht, Strukturen der Selbsthilfe auf den Weg zu bringen (Bürgerenergiegesellschaften). Sie befähigen handlungs- und investitionsbereite Menschen in den ländlichen Räumen dazu, die örtlichen Energiepotenziale zu sichern und sie gemeinschaftlich auszuschöpfen.

Insgesamt gesehen beinhalten EKs im Rahmen der Ländlichen Entwicklung nicht nur einen fachlich-planerischen Teil, sondern sind bürger- und umsetzungsorientiert auf die Gesamtentwicklung von ländlichen Gemeinden ausgerichtet.

## 5.3 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Grundsätzlich sind die Phasen des Vorgehens bei dem ENP und EK gleich, die Beweggründe für die Schaffung von Planungsgrundlagen auf der örtlichen Ebene sind jedoch vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt. In dieser unterschiedlichen Ausprägung ist teilweise begründet, dass verschiedene Planungsinstrumente genutzt werden. Diese sind neben dem ENP und dem EK auch das Integrierte Kli-

maschutzkonzept nach der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums. Letzteres wird in dieser Veranstaltung nicht weiter thematisiert.

### **Abgrenzungsmerkmale zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Bei dem EK ist die Einbindung der örtlichen Akteure von Anfang an ein fester Bestandteil. Bei dem ENP ist dies nicht verpflichtend, wird aber empfohlen.
- Bei dem EK wird insbesondere das Ziel verfolgt, prozessbegleitend konkrete Maßnahmen und Projekte auf den Weg zu bringen. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden und für identifizierte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gegeben werden. Diese bilden dann die Grundlagen für weitere Fachplanungen.
- Ein explizites Ziel des EKs ist zudem, die Wertschöpfung im ländlichen Raum zu steigern. Dabei wird die Beteiligung der Bürger an Energieerzeugungsanlagen (z. B. Bürgerenergiegenossenschaften) befürwortet.
- Die Verortung von Energieinfrastruktur und Energiepotenzialen wird insbesondere bei dem ENP vorgenommen. Daher ist der Stellenwert räumlich aufgelöster Daten bei dem ENP deutlich höher.
- Eine Förderung für den ENP kann jede Kommune beantragen. Für die Förderung für das EK der Ländlichen Entwicklung ist zukünftig erforderlich, dass ein Zusammenhang mit einem Vorhaben der Ländlichen Entwicklung gegeben ist.
- Bei dem EK der Ländlichen Entwicklung wird die Kommune prozessbegleitend durch das Amt für Ländliche Entwicklung bzw. eine beauftragte Stelle unterstützt.

### **Gemeinsamkeiten zwischen dem ENP und dem EK sind unter anderem:**

- Beide Instrumente sind grundsätzlich so angelegt, dass die interkommunale Kooperation gewünscht und gefördert wird.
- Bei beiden Instrumenten muss sich die Kommune im Vorfeld bewusst werden, welches Wissen in der Kommunalverwaltung genutzt und aufgebaut werden soll und welche freien Kapazitäten bei dem Personal dafür zur Verfügung stehen (müssen).
- Die Kommune muss sich frühzeitig bewusst werden, welche Datengüte für sie erforderlich ist, damit am Ende die Ergebnisse auch belastbar für weitere Planungen, Projektbeschlüsse etc. sind.

Bei beiden Instrumenten sollte die Kommune darauf achten, dass ein für sie zeitlich und finanziell leistbarer Aufwand betrieben wird und dass die Fortschreibung der erhobenen Daten künftig auch durch die Verwaltung leistbar ist.

## 6 Vortrag: Energiekonzepte und die Förderung durch die Ämter für Ländliche Entwicklung

Hinweis: Leider war Herr Hecht an diesem Veranstaltungstag verhindert und konnte seinen Vortrag nicht wie vorgesehen halten. Aus diesem Grund übernahm Herr Bruno Danetiu vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben diese Aufgabe, dessen Portrait Sie unter Kapitel 13.1 finden.

### 6.1 Klaus Hecht



Koordination der Fachberater an den Ämtern für Ländliche Entwicklung

Bereich Zentrale Aufgaben  
Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung  
Sachgebiet Landespflege und Landnutzung  
Infanteriestraße 1  
80797 München

089 1213-1542  
klaus.hecht@bza.bayern.de  
www.landentwicklung.bayern.de

#### Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

- Systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe
- Bündelung der bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte im Energiebereich
- Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz
- Generierung von Wertschöpfung (Gründung von Bürgerenergiegesellschaften)
- Versorgungssicherheit, Wertschöpfung Klimaschutz und Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Das EK soll folgende Kernelemente beinhalten und möglichst ganzheitlich und umsetzungsorientiert erarbeitet werden:

- Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse
- Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung
- Flächenmanagement
- Querbezug zur gemeindlichen und übergemeindlichen Gesamtentwicklung (Landnutzung und Innenentwicklung)
- Aufzeigen von Fördermitteln
- Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung

Die Bürger sollten bei der Erstellung eines EKs von Beginn an eingebunden werden, dies schafft Akzeptanz und Vertrauen.

## 6.2 Zusammenfassung des Vortrags

### Auftrag der Ländlichen Entwicklung

Als Auftrag der Ländlichen Entwicklung wird gesehen, den ländlichen Raum zu entwickeln, einen vitalen ländlichen Raum zu bewahren und die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in den Städten und auf dem Land zu sichern. Die Gemeinden, Bürger, Landwirte und Wirtschaftsbeteiligte werden somit durch die folgenden Instrumente unterstützt:

- Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE)
- Dorferneuerung
- Flurneuordnung

Es werden übergemeindliche Allianzen zum Aufbau von Netzwerken, zur Lösung gemeindeübergreifender Herausforderungen und zur Erhöhung der Wertschöpfung in der Region gefördert und begleitet.

### Warum engagiert sich die Ländliche Entwicklung in der Energiewende?

In vielen Projekten der ländlichen Entwicklung spielt Energie eine wichtige Rolle und auch die Bürger benötigen Unterstützung. Der ländliche Raum bietet die wesentlichen Flächenpotenziale für die Erzeugung von Energie aus regenerativen Quellen, sei es aus Biomasse oder über Wasserkraft, Wind- und Solaranlagen. Daher wird ihm bei der Energiewende eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Die Energiewende bietet somit vielfältige Chancen für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung und die Entwicklung des ländlichen Raums:

- Möglichkeiten für neue oder erhöhte Wertschöpfung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Chancen für die Landwirtschaft

Die Energiewende benötigt eine aktive Steuerung durch die Kommunen. Aus diesem Grund begleitet die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in ihren Projekten ländliche Gemeinden und deren Bürger bei der Erarbeitung und Umsetzung von kommunalen EKs.

### Förderung der EKs

EKs sind im Rahmen der Aktion „100 Energieneutrale Gemeinden“ für ländlich strukturierte Gemeinden mit 75 % förderfähig, maximal jedoch mit 30.000 €. Diese Aktion ist zwar mittlerweile abgeschlossen, aber auch jetzt können noch EKs für Gemeinden und Gemeindezusammenschlüsse gefördert werden. Eine Voraussetzung für die Antragstellung ist allerdings, dass die Gemeinden sich bereits in einem Verfahren der Ländlichen Entwicklung befinden (z. B. Dorferneuerung).

### Inhalte von EKs

Es werden Analysen der Energiebilanz im Ist-Zustand mit Situationsanalyse sowie Potenzialbetrachtungen zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung durchgeführt. Darauf aufbauend erfolgt eine Konzeptentwicklung in den Bereichen Energiegewinnung, Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Ein wichtiger Aspekt ist die intensive Einbindung der Bürger von Beginn an, denn dies erhöht die Akzeptanz und schafft Vertrauen. Ein weiteres wichtiges Merkmal von EKs ist die Umsetzungsorientierung, sodass letztendlich auf ein Maßnahmenpaket mit Priorisierung und Kostenschätzung hingearbeitet wird. Im Zuge dessen sollen auch die Fördermittel optimiert und die zur Verfügung stehenden Flächen sinnvoll gemanagt werden.

## Vorteile für die Gemeinden

Die Erstellung eines EKs ist ein systematischer Schritt zu einer ganzheitlichen und maßgeschneiderten Energieplanung und dient als Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe. Die bisherigen Aktivitäten und Einzelprojekte werden gebündelt und es ergeben sich zudem Steuermöglichkeiten für die Entwicklung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Durch das EK wird die Generierung von Wertschöpfung gefördert, z. B. durch die Gründung von Bürgerenergiegesellschaften. Weitere ausschlaggebende Vorteile sind die Erhaltung der Versorgungssicherheit und der Imagegewinn als wichtiger Standortfaktor.

## 7 Vortrag: Energiekonzept & Energienutzungsplan – eine Einführung

### 7.1 Pablo Schindelmann



Bayerisches Landesamt für Umwelt  
Ref. 17: Klimawandel, kommunaler Umweltschutz  
Hans-Högn-Str. 12  
95030 Hof

09281 1800-4682  
pablo.schindelmann@lfu.bayern.de  
www.lfu.bayern.de

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Die Gemeinde gewinnt Einblick in die Energieverteilung und -nutzung vor Ort.

Auf dieser Informationsgrundlage kann sie prüfen, wie sie für sich die kommunale Daseinsvorsorge versteht und in welchen Bereichen sie sich bei den Themen Energie und Klimaschutz engagieren will.

#### Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:

Die Gemeinde sollte sich im Vorfeld bewusst werden, welche Zielsetzungen sie kurz-, mittel- und langfristig verfolgt und in welchen Rollen (Planer, Berater, Vorbild, Motivator, ...) sie aktiv werden will und personell auch werden kann.

### 7.2 Zusammenfassung des Vortrags

Die Kommunalverwaltungen sind in den letzten Jahren beim Klimaschutz stark gefordert worden. So gilt es, die Erfordernisse aus überörtlichen Planungsprozessen und Vorgaben der Bundes- und Landespolitik zu beachten und andererseits die konkreten Maßnahmen auf der örtlichen Ebene zu koordinieren. Dies erfordert von den Kommunalverwaltungen, dass sie einerseits die Situation in der Gemeinde mit aggregierten Daten beschreiben und andererseits auf räumlich hochauflösende, detaillierte Informationen zugreifen kann. Zudem steigt der Stellenwert der interkommunalen Abstimmung und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Je nachdem, auf welcher planerischen Ebene die Kommune gefordert ist, ist festzulegen, mit welcher Datengüte gearbeitet werden soll, d.h. auf einem eher aggregierten oder einem eher detaillierten Niveau.

Um trotz dieser Herausforderungen effektiven Klimaschutz betreiben zu können und zudem weitere Ziele, wie z. B. die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, verfolgen zu können, gibt es für Kommunen verschiedene Förderinstrumente:

- Der ENP mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.
- Das EK mit Förderung durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
- Das Klimaschutzkonzept (KSK) mit Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der grobe Ablauf ist bei allen drei Instrumenten vergleichbar. Nach einer Bestands- und Potenzialanalyse erfolgt eine Konzeptentwicklung, aus der dann Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Dennoch sind im Einzelnen Unterschiede feststellbar. Bei dem ENP ist der Einbezug der Öffentlichkeit im Sinne einer Akteursbeteiligung zwar gewünscht, die Kosten sind allerdings nur in einem begrenzten Rahmen förderfähig. Im Gegensatz dazu ist die Einbeziehung der Öffentlichkeit bei dem EK und dem KSK ein integraler Bestandteil und wird somit auch stärker gefördert. Eine weitere Besonderheit des EKs ist, dass die Umsetzungsorientierung und der Wunsch, die Umsetzung durch die Akteure voranzubringen, sehr ausgeprägt sind. Bei dem KSK ist zu erwähnen, dass hier auch Daten zu Verkehr und Konsum mit einbezogen werden.

Auch bei den Ergebnissen werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Bei dem ENP erhalten Wirtschaftlichkeitsaussagen einen sehr hohen Stellenwert, sodass strategische Entscheidungen zur zukünftigen Energienutzungsplanung getroffen werden können. Ein Hauptziel des EKs ist es, bereits durch die Umsetzung konkreter Projekte die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und den ländlichen Raum zu stärken. Bei dem KSK wird zudem eine kommunale CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt und ein Monitoring-System aufgebaut, um den Klimaschutz in der Kommune zu verankern.

Tendenziell lässt sich sagen, dass sowohl der ENP als auch das KSK eher auf der strategischen, das EK eher auf der operativen Handlungsebene hilfreich sind. Bei der Wahl des für die Kommune sinnvollsten Instrumentes sollte sie sich im Klaren sein, welche Rolle sie einnehmen will. Will sie eher individuelle Maßnahmen fördern, also z. B. Hausbesitzer informieren, dass sie bestimmte Dinge tun? Oder will sie eher Maßnahmen im Verbund ergreifen und die Energieversorgung und Netzstrukturen in die eigene Hand nehmen? Bei letzterem erhält die räumliche Verortung von Daten einen hohen Stellenwert, die eine Besonderheit des ENPs ist. Hier werden ausgehend von Bestandskarten mit z. B. siedlungsstrukturellen Merkmalen Wärmebedarfsdichtekarten erstellt, die nicht nur den Ist-Zustand, sondern auch Zukunftsszenarien abbilden. Damit werden Karten der Infrastruktur verschnitten und auch die Potenziale für erneuerbare Energien dargestellt. Auf dieser Grundlage kann auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermittelt werden, welche Konzepte in welcher räumlichen Konstellation Sinn machen.



Abb. 6: Pablo Schindelmann während des Vortrags.

Aus unserer Sicht werden die Themen Energiewende und Klimaschutz die Kommunen noch einige Zeit begleiten und es ist daher wichtig, dass kommunale Verwaltungen ihr Wissen in den eigenen Reihen auf- und ausbauen. Wir raten zudem zu einem gewissen Pragmatismus: Legen Sie möglichst zu Beginn fest, was Sie mit dem ENP/EK bezwecken wollen und welche Datengenauigkeit dafür vonnöten ist. Ermitteln Sie dann, wieviel Energie und Arbeitskapazitäten Sie aufbringen können und prüfen Sie, ob damit für Ihre weiteren Überlegungen eine belastbare Grundlage geschaffen wird.

Aus diesem Grund unser Appell: Beschäftigen Sie sich im Vorfeld intensiv mit den Instrumenten und schielen Sie nicht nur auf die Förderung. Es ist ein bewiesenes Beratungsdilemma, dass es unnötig Geld kostet, wenn nicht klar ist, wer den Untersuchungsrahmen absteckt: Die beauftragende Kommune, oder der Auftragnehmer. Es empfiehlt sich daher auch, sich für die Erstellung des Leistungsverzeichnisses externe Unterstützung zu suchen, insbesondere die Fördermittelberatungsstellen mit möglichst detaillierten Fragen zu kontaktieren.

## 8 Vortrag: Plädoyer für lokale Energienutzungspläne

### 8.1 Stefan Graf



Bayerischer Gemeindetag  
Dreschstraße 8  
80805 München

089/360009-23  
stefan.graf@bay-gemeindetag.de  
www.bay-gemeindetag.de

#### **Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

Planvolle Herangehensweise an das Thema Wärme, das der Schlüssel zur eigentlichen Energiewende ist.

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Der ENP soll auf konkrete Maßnahmenempfehlungen gerichtet sein und Akteure einbinden.

### 8.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich für die Erstellung von ENPs durch die Gemeinden aus. Hier handelt es sich um ein zweckmäßiges informelles Planungsinstrument, um geeignete Maßnahmen zu der Umsetzung der Energiewende zu entwickeln. Der ENP ist besonders für die Vorbereitung von Maßnahmen geeignet, die auf einen größeren räumlichen Bereich zielen und mehrerer Akteure bedürfen. Beispiele sind Nahwärmenetze und energetische Sanierungen von Ortsteilen.

Der ENP sollte bestimmten Standards genügen, um tatsächlich den Gemeinden hilfreich zu sein. Der Bayerische Gemeindetag hat zu diesem Zweck 2012 eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen. Diese hat ein Beispiel für einen guten ENP entwickelt, der in dem Mitgliederbereich des Internetauftritts des Gemeindetags abrufbar ist. Die Arbeitsgemeinschaft nimmt Planungsbüros, Energieagenturen und sonstige Ersteller von ENPs als Mitglieder auf, soweit sie sich an diesem Beispiel orientieren.

Entscheidend aus Sicht des Gemeindetags ist die Maßnahmenorientiertheit des ENPs. Deshalb hat am Ende des Plans eine Maßnahmenempfehlung für die örtlichen Entscheidungsträger zu stehen. Diese setzt neben einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eine Akteursbeteiligung voraus. Zwar umfasst



Abb. 7: Stefan Graf während des Vortrags.

ein guter ENP anders als ein Klimaschutzkonzept keine breite Öffentlichkeitsbeteiligung. Jedoch werden in der Regel Maßnahmen betrachtet, die die Gemeinde nicht in alleiniger Zuständigkeit umsetzen kann. Die frühzeitige Einbeziehung der Betroffenen, z. B. möglicher Anschlussnehmer eines Wärmenetzes, ist damit Teil der Machbarkeitsabschätzung.

Die Maßnahmenempfehlung soll auf Basis einer fundierten Betrachtung der energetischen Ausgangssituation erfolgen. Dies setzt eine Erfassung der örtlichen Energieverbräuche und der Erzeugungssituation voraus. Für die Maßnahmen selbst sind sowohl die energetischen Einsparpotenziale, wie auch die örtlichen Erzeugungsmöglichkeiten auf Basis erneuerbarer Energien zu betrachten.

Auch wenn die Maßnahmenempfehlung sich in der Regel auf vor Ort umzusetzende Projekte bezieht, bestehen Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit. Insbesondere die Erfassung der Grunddaten (Verbräuche, Erzeugungssituation, Einspar- und Erzeugungspotenziale) lässt sich über eine gemeinsame Beauftragung eines ENPs oftmals effizienter bewerkstelligen.

## 9 Vortrag: Werkstattbericht Markt Welden

### 9.1 Peter Bergmeir



1. Bürgermeister  
Markt Welden  
Marktplatz 1  
86465 Welden

08293/699-0  
bergmeir@vg-welden.de  
www.markt-welden.de

#### **Die Erstellung eines EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:**

Die Bevölkerung wird sozusagen vor Ort mit dem Thema einer möglichst autarken und effektiven Energieversorgung konfrontiert und dabei werden auch konkrete Lösungsansätze vorgeschlagen.

#### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die Bevölkerung sehr großes Interesse an diesem Thema zeigt. Von kommunaler Seite aus sollte möglichst rasch ein „Vorzeigeprojekt“ umgesetzt werden.

### 9.2 Zusammenfassung des Vortrags

Der Markt Welden liegt in dem schwäbischen Landkreis Augsburg und hat etwa 3.500 Einwohner sowie eine Fläche von 18 km<sup>2</sup>. Der Markt Welden ist der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft Welden.

## Ausgangssituation

Das Ziel der ersten Überlegungen zum Einstieg die Energienutzungsplanung war, in den nächsten Jahren bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien die richtigen Strategien entwickeln und Entscheidungen treffen zu können. Für die mögliche Erstellung eines ENPs wurden drei Angebote eingeholt, von welchen das Ingenieurbüro Steinbacher *Consult* den Zuschlag bekam. Auch der Zuwendungsbescheid über die damals gültige 50 %ige Förderung konnte sehr schnell und unkompliziert erhalten werden.

Für eine Marktgemeinderatssitzung im Oktober 2011 wurde ein Mitarbeiter dieses Ingenieurbüros eingeladen, um über die Inhalte und Vorzüge eines ENPs zu referieren. Nachdem betont wurde, dass die Gemeinde nach dem Beschluss zum Atomausstieg offen für eine alternative Energieversorgung sein müsse, wurde die Erstellung eines ENPs für den Markt schließlich einstimmig beschlossen.

## Vorteile des ENPs

Der ENP sollte somit für den Markt Zellingen als Grundlage für die zukünftige Energieversorgung zu einem informellen Planungsinstrument werden und damit ein abgestimmtes Gesamtkonzept zum Thema Energie liefern. Dadurch können die vorhandenen Potenziale und Strukturen optimal genutzt und unkoordinierte Einzelmaßnahmen vermieden werden.

## Datenerhebung und -verwaltung

Für die Bestandserhebung und Potenzialanalyse wurden u. a. gebäudebezogenen Daten (z. B. zum Energieverbrauch, Baualter und Sanierungsmaßnahmen), vorhandene Leitungsnetze (Strom, Erdgas, Wärmenetze) sowie regionale Daten zur Windgeschwindigkeit, Solarstrahlung und zu Schutzgebieten erfasst. Zusätzlich mögliche Datenquellen sind der Solardachkataster sowie der Thermographieatlas.

Für die Verwaltung der Daten wurde eine GIS-Datenbank eingerichtet. Durch diese konnte die „Datenflut“ gehandhabt und eine ständige Verfügbarkeit gewährleistet werden. Auch auf die Möglichkeit, diese Daten ständig aktualisieren und fortschreiben zu können – selbst wenn die Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro abgelaufen ist – sollte unbedingt geachtet werden.

Als Ergebnis dieser Bemühungen sollten Konzepte entstehen, die genau auf die vor Ort vorliegenden Verhältnisse abgestimmt sind.

## Ergebnisse des ENPs

Die Potenzialanalyse ergab, dass der Stromverbrauch des Marktes Welden theoretisch zu fast 90 % durch erneuerbare Energien (mit 88 % fast hauptsächlich durch Photovoltaik) abgedeckt werden kann. Auffällig waren die großen Unterschiede zu den anderen, recht naheliegenden Gemeinden Laugna, Biberbach und Mittelneufnach. So hat beispielsweise die Gemeinde Laugna das Potenzial, theoretisch mehr Strom durch Biogas herstellen zu können, als in dem Gemeindegebiet verbraucht wird. Dies zeigt, dass Handlungsmöglichkeiten für jede Gemeinde differenziert ausgearbeitet werden sollten und man sich nicht einfach etwas von Nachbargemeinden „abgucken“ kann. Die Wasserkraft nimmt in keiner der vier Gemeinden einen bedeutenden Stellenwert ein. Bei der Deckung des Wärmebedarfs durch die Potenziale kommt für den Markt Welden vor allem das Holz und die Solarthermie in Betracht.

Als ein weiteres Ergebnis des ENPs wurden Nahwärmeversorgungskonzepte ausgearbeitet. In Form von Karten wurden mit unterschiedlichen Farbcodes Gebiete, die für Nahwärmeversorgung geeignet sind, sowie solche, die dagegen eher für Einzellösungen geeignet sind, kenntlich gemacht.

Die Darstellung des Sanierungsbedarfs in Form von Karten hilft bei der Identifizierung von Gebieten, in denen Sanierungen am dringendsten notwendig sind, in denen es also die höchsten Einsparpotenziale gibt.

Ein Beispiel für ein weiteres Handlungsfeld ist der Energiespeicher. Grundlage ist der Gedanke, dass in Zukunft nicht die Energieerzeugung das große Problem sein wird, sondern eher die Energiespeicherung. Im Zusammenhang mit Hochwasserschutzmaßnahmen wird daher die Überlegung angestellt, mit dem durch Photovoltaik oder Wind hergestellten Strom Wasser aus einem tiefer gelegenen Becken in ein höher gelegenes Becken zu pumpen. In Zeiten großen Strombedarfs kann das Wasser über eine Turbine zurück in das untere Becken gelassen werden, um mit dem dadurch erzeugten Strom das Stromnetz zu entlasten. Hierzu werden zurzeit weitere Untersuchungen veranlasst.



Abb. 8: Peter Bergmeir während des Vortrags.

### Erhöhung der regionalen Wertschöpfung

Der derzeitige Wärmebedarf wird zu über 60 % durch Öl und Gas gedeckt. Hierbei handelt es sich nicht nur um fossile Energieträger, sondern auch um solche, die importiert werden. Die Ergebnisse des ENPs lassen darauf schließen, dass bei der Deckung des zukünftigen Wärmebedarfs dieser Anteil auf etwa 25 % sinken sollte, sodass mehr Wärme durch lokale Energieträger wie Holz und Hackenschnitzel gedeckt werden. Im Zuge dessen bleibt die Wertschöpfung in der Region und die Abhängigkeit von Ölimporten wird verringert.

### Beteiligung der Bürger

Interessant ist der Punkt, dass kommunale Gebäude nur etwa 3 % des Wärmeverbrauchs ausmachen, während der größte Anteil den privaten Gebäuden und dem Gewerbe zufällt. Dies zeigt, dass allein mit dem Einbezug der kommunalen Gebäude die Energiewende nicht bewerkstelligt werden kann, sondern dass vielmehr auch die Bürger mitgenommen werden müssen.

Auch in das Thema Energiespeicher wurde die Bevölkerung aktiv eingebunden. Dazu wurde im Dezember 2012 zu einer Bürgerversammlung eingeladen, in der sowohl der ENP im Detail vorgestellt als auch über das Thema Energiespeicher gesprochen wurde. Die Versammlung war mit rund 130 Personen sehr gut besucht und ergab einen ersten Einblick in die Akzeptanz der Bürger für den Energiespeicher, der zwar nicht repräsentativ, aber fast durchweg positiv ausfiel.

Auf Wunsch wird jedem Bürger des Marktes Welden ein Blatt ausgestellt, welches das Ergebnis des ENPs auf sein Anwesen zugeschnitten zusammenfasst. Auf diesem sind Daten wie das Alter des Gebäudes, Grundfläche, Geschossfläche, Heizungsart usw. enthalten. Außerdem werden die für Nahwärmenetze geeigneten Gebiete kenntlich gemacht und der Hausbesitzer bekommt einen Überblick, wie hoch die Einsparpotenziale bei einer möglichen Sanierung seines Hauses sind.

### Umsetzungsbeispiele

Das kommunale Energiemanagement in den öffentlichen Einrichtungen wird momentan aufgebaut. Es wurden zudem ein Energieausschuss und ein Energiestammtisch gegründet. Als eine weitere Maßnahme wurde die Straßenbeleuchtung auf LED umgerüstet.

Durch die Einrichtung eines Blockheizkraftwerks, welches eine elektrische Leistung von 20 kW und eine thermische Leistung von 39 kW hat, können 70 % des Strombedarfs der Grund- und Mittelschule Welden abgedeckt werden. Der Kostenaufwand von ca. 110.000 € amortisiert sich voraussichtlich in etwa fünf bis sechs Jahren.

## Fragen aus dem Plenum und dazugehörige Antworten

Frage: Mit welchem Verwaltungsaufwand muss man rechnen und welche Qualifikation ist innerhalb der Gemeindeverwaltung notwendig?

Antwort: Wir haben eine sehr kleine Verwaltung und daher kein spezielles Referat, das sich um das Thema kümmert. Am Anfang war es meine Aufgabe, sich mit dem Ganzen intensiv auseinanderzusetzen. Jetzt werden wir das aber weiter über die Verwaltung machen. Zu dem Zeitaufwand lässt sich sagen, dass es von unserer Seite lediglich notwendig war, die gesamten kommunalen Gebäude aufzunehmen und die gesammelten Daten dem Ingenieurbüro mitzuteilen, damit wir letztendlich die tatsächlichen Werte vom Energieverbrauch haben. Dies war der größte Aufwand. Ansonsten war noch das Verteilen und Einsammeln der Fragebögen zeitintensiv. In Arbeitsstunden lässt sich das aber nicht ausdrücken. Es lief alles problemlos im normalen Verwaltungsbetrieb mit.

Frage: Wie wurde mit dem Zeitaufwand zur Erstellung der auf die einzelnen Bürger zugeschnittenen Unterlagen umgegangen?

Antwort: Nur die Bürger, die in das Rathaus gekommen sind und danach gefragt haben, haben eine solche Auswertung bekommen. Einige der relevanten Aspekte dazu waren natürlich standardisiert. Diese Ergebnisse gehen jedoch zu 90 % an den realen Zustand ran, was auch durch Versuche überprüft wurde. Die zeitaufwändigen Aufnahmen der Daten und Berechnungen wurden natürlich nicht von der Verwaltung, sondern von dem Ingenieurbüro durchgeführt.

Frage: Wie wird mit der Datenpflege umgegangen? Bekanntlich sind die Daten ja immer nur so gut, wie man sie pflegt.

Antwort: Natürlich müssen die Daten aktualisiert werden, sonst macht der ENP nach einigen Jahren keinen Sinn mehr. Dies ist aber unproblematisch.

## 10 Vortrag: Werkstattbericht Gemeinde Buttenwiesen

### 10.1 Norbert Beutmüller



1. Bürgermeister  
Gemeinde Buttenwiesen  
Marktplatz 4  
86647 Buttenwiesen

08274 9999-0  
Gemeinde@Buttenwiesen.de  
www.butenwiesen.de

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Kontrollierbare und prüfbare Steuerung der Energiewende und des Energieverbrauchs. Bewusstseinsbildung aller Beteiligten.

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Sachliche Grundinformationen über Stimmungen stellen, Anpacken statt endlosen Diskussionen.

## 10.2 Zusammenfassung des Vortrags

### Ausgangssituation

Die Gemeinde Buttenwiesen liegt in dem schwäbischen Landkreis Dillingen an der Donau. Sie kann mit knapp 6.000 Einwohnern und einer Fläche von 60 km<sup>2</sup> als Flächengemeinde bezeichnet werden. Buttenwiesen besteht aus sieben Ortsteilen und weist eine gesunde Wirtschaftsstruktur vor. Im Umland liegen u. a. das idyllische Zusamtal sowie Natur- und Vogelschutzgebiete.

Das Donauried, in dem die Gemeinde liegt und das als zweitgrößte Offenlandschaft Deutschlands zählt, war immer wieder Anziehungspunkt für Großprojekte. Insbesondere der Bau des Atomkraftwerks Pfaffenhofen und die damit einhergehenden Proteste bedingten, dass die Akzeptanz der Bürger für alternative, erneuerbare Energieformen sehr hoch ist.

Im Jahre 2005 wurde ein Leitbild ausgearbeitet mit den Inhalten, wie sich die Gemeinde in Richtung Klimaschutz und nachhaltiger Energieversorgung weiterentwickeln will. Laut dieses Leitbildes sollen folgende Punkte Beachtung finden:

- Aktivitäten zum Einsatz regenerativer Energien unterstützen und fördern (z. B. Bürgersolardach, Biomasse, Windkraft)
- Vorreiterrolle der Gemeinde beim Einsatz neuer Energien ausbauen (z. B. Hackschnitzelheizung, zentrale Energieversorgung)
- Energiesparmöglichkeiten und Trinkwasserschonung aufzeigen und umsetzen
- Flächenversiegelung mindern (Hochwasserschutz, Artenvielfalt)

Das Ziel der Gemeinde Buttenwiesen ist dabei ganz klar die Bewusstseinsstärkung für Energie und Klimawandel. Die Energiewende bietet jeder Gemeinde Chancen für eine nachhaltige Entwicklung in der Region (ländlicher Raum). Beispiele sind die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, der Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen, die Versorgungssicherheit und die Unabhängigkeit z. B. von Importen fossiler Energieträger. Aus dem Grund wurden von der Gemeinde bereits vor dem Entschluss, ein EK erstellen zu lassen, bereits viele energiebezogene Maßnahmen durchgeführt.

### Bereits ergriffene Maßnahmen

Im Jahre 2005 hatte man – neben einer eigenen Stromproduktion von 4,5 % durch Photovoltaik und 2,5 % durch Wasserkraft – einen Zukaufsbedarf von 93 %. 2007 fasste der Gemeinderat das Ziel, bis zum Jahr 2015 rechnerisch stromunabhängig zu werden. Erreicht wurde dieses Ziel bereits 2011, bedingt durch zahlreiche Maßnahmen, von denen einige im Folgenden beschrieben sind.

Es wurde ein Solarverein gegründet, der von den Bürgern in die Hand genommen wurde, und sämtliche gemeindliche Dachflächen, die geeignet waren, wurden für Photovoltaikanlagen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Es gab zudem ein gemeindliches Zuschussprogramm (jeweils 250 €) für Solaranlagen zur Heizungsunterstützung und Warmwasseraufbereitung. Zudem wurden 13 Solarleuchten entlang eines Geh- und Radweges sowie drei Freiflächensolaranlagen aufgebaut. Inzwischen gibt es in Buttenwiesen über 300 thermische Solaranlagen sowie 502 Photovoltaikanlagen mit einem Gesamtanschlusswert von 12 MW, sodass nun 31,9 % des in dem Gemeindegebiet benötigten Stroms durch

Sonnenenergie bereitgestellt werden können. All diese Bemühungen führten unter anderem bereits zu einem dritten Platz in der Solarbundesliga in der Kategorie 5.000 bis 20.000 Einwohner.

Ein weiteres Aushängeschild ist die Riedlblickhalle, eine Sporthalle, die u. a. über eine innovative Energietechnik, einer Hackschnitzelheizung und regenwasserbetriebene Toilettenspülungen verfügt. Für dieses Projekt gab es einen Umweltpreis.

Es gibt in Buttenwiesen inzwischen sechs Biogasanlagen mit einer installierten Leistung von 2,4 MW, wodurch 73,5 % des Strombedarfs der Gemeinde gedeckt werden können. Zudem gibt es einige Wärmenetze, die teils kommunal, teils privat getragen werden. Die Baukosten für das gemeindliche Wärmenetz betragen 350.000 €, die sich voraussichtlich nach etwa 12 Jahren amortisiert haben. Der Preisvorteil für die angeschlossenen Kunden liegt im Vergleich zu Heizöl derzeit bei etwa 1.500 - 2.000 €/Jahr. Leider wurde bei der Errichtung einiger der Biogasanlagen versäumt, die Wärmenutzung von Anfang an in das Projekt mit einzubeziehen. Dies sollte unbedingt bei einer Planung mit beachtet werden.



Abb. 9: Norbert Beutmüller während des Vortrags.

Durch einen privaten Unternehmer werden derzeit drei Windkraftanlagen mit 7,2 MW installierter Leistung gebaut. Diese sollen nach der Fertigstellung über 50 % des gemeindlichen Strombedarfs liefern.

Die Potenziale der Wasserkraft sind mit drei Anlagen an der Zusam und einer installierten Leistung von 179 kW (= 2 % der im Gemeindegebiet benötigten Strommenge) bereits ausgeschöpft.

Neben der Stromerzeugung ist die Stromeinsparung besonders wichtig. Deshalb wurden auch die Kinder in dem Gemeindegebiet durch Energiesparausstellungen und Sprechstunden mit dem Bürgermeister mit einbezogen. Jeden Monat gibt es zudem Energiespartipps im Rathausbrief. Jedes Jahr werden zudem 10.000 € investiert, um die Straßenbeleuchtung auf LED umzustellen.

Nach der Durchführung all dieser Maßnahmen konnte rechnerisch bestätigt werden, dass die regionale Wertschöpfung durch neue Energien in der Land- und Forstwirtschaft, im Handwerk, auf dem Bau, usw. gesteigert wurde.

### **Ausblick**

Der Bereich „Stromsparen“ soll noch weiter ausgeweitet werden, indem das Bewusstsein der Bürger noch weiter gestärkt wird, was allein schon durch die steigenden Strompreise der Fall sein wird. In interkommunaler Zusammenarbeit mit der Stadt Wertingen wird momentan der Bau von sieben bis zehn Windkraftanlagen geplant. Zudem hat kürzlich (2012/13) die Gründung der Renergiewerke Buttenwiesen stattgefunden und man befindet sich daher zurzeit in der Findungsphase. Mithilfe des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben sollen künftig die bereits ergriffenen Maßnahmen in einem EK zusammengeführt werden, um ein übergreifendes Konzept zu erstellen und diese positiven Entwicklungen nachhaltig fortführen zu können. Weiterhin soll das Wärmenetz Buttenwiesen erweitert und auch über eine Energiespeicherung nachgedacht werden.

### **Frage aus dem Plenum und dazugehörige Antwort**

Frage: Welche Kriterien gab es für den Energiespar-Preis?

Antwort: Es gab keine Kriterien. Es handelte sich um einen ausschließlichen Stromspar-Preis. Wir verglichen die Stromabrechnungen des Vorjahres mit dem Folgejahr und haben die Veränderungen mit den Maßnahmen zum Stromsparen belegt.

## 11 Ergebnisse der Thementische

Als Kern der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer in Kleingruppen offene Fragen zum jeweiligen Thema an den vier sogenannten Thementischen.

Diese wurden jeweils von einem (fachlich versierten) Gesprächsleiter moderiert und von einer (fachlich neutralen) Assistenz für alle sichtbar an einer Pinnwand dokumentiert. Um ein Gespräch „auf Augenhöhe“ zu fördern, saßen zudem an jedem Thementisch ein oder mehrere „Impulsgeber“, also zumeist kommunale Vertreter, die bereits Erfahrungen mit dem ENP oder dem EK gesammelt hatten und diese im Laufe des Gespräches mit den anderen Teilnehmern teilten.

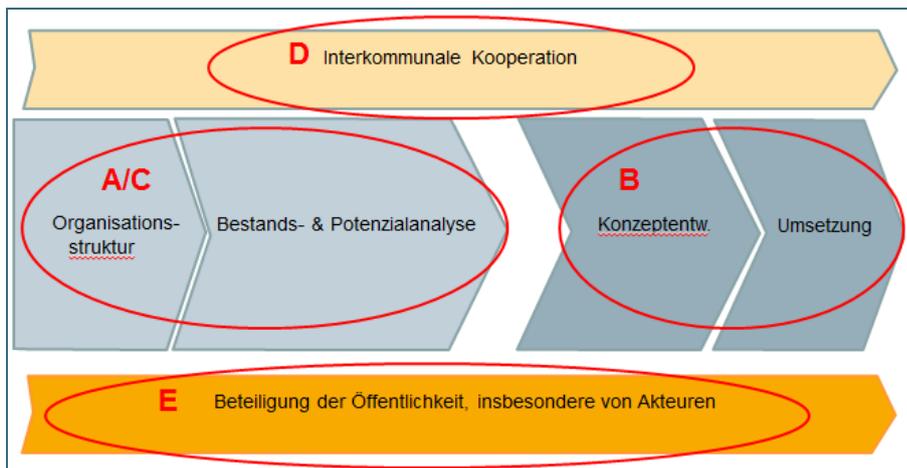


Abb. 10: Übersicht des Ablaufs eines ENPs/EKs und die daran angelegte Themenwahl für die Thementische.

Die Themen der vier Thementische wurden dem groben Ablauf des ENPs und EKs nachempfunden (Abb. 10). Jeder Teilnehmer nahm im Laufe des Tages an jedem Thementische teil – jedoch in unterschiedlicher Reihenfolge. Die Teilnehmer konnten durch dieses interaktive Format mit immer wieder anderen Personen ins Gespräch kommen, diskutieren, nachfragen und Erfahrungen austauschen.

Nach den vier Diskussionsrunden wurden am Nachmittag die prägnantesten Diskussionsergebnisse von den Gesprächsleitern und Assistenten zusammengefasst und im Plenum vorgestellt.

Im nachfolgenden Kapitel sind Eindrücke, Erfahrungen, Fragen und Antworten der jeweils ca. 40-minütigen Diskussionsrunden dokumentiert. Es handelt sich daher um einzelne Äußerungen der teilnehmenden kommunalen Vertreter oder Experten. Übereinstimmende Aussagen sind als Konsens herausgestellt.

## 11.1 Thementisch A/C: Bestandserhebung, Potenzialanalyse / Interne Organisation, Zusammenarbeit mit externen Auftragnehmern

### Impulsgeber:

- Fridolin Gößl, 1. Bürgermeister, Gemeinde Oberhausen
- Peter Bergmeir, 1. Bürgermeister, Markt Welden

### Moderation:

- Amelie Lesser, TU München

### Dokumentation:

- Sonja Epple, citycom-münchen

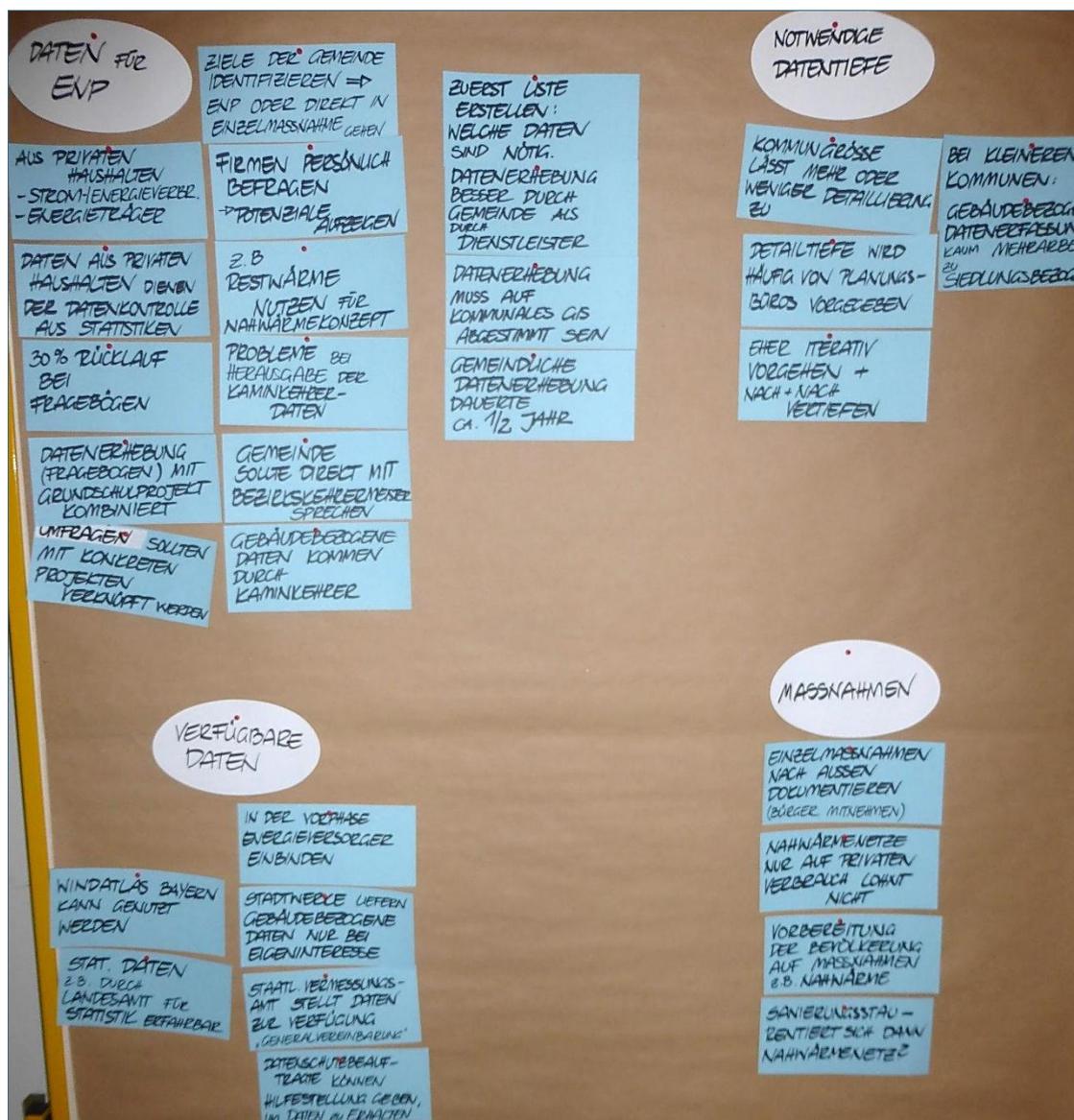


Abb. 11: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

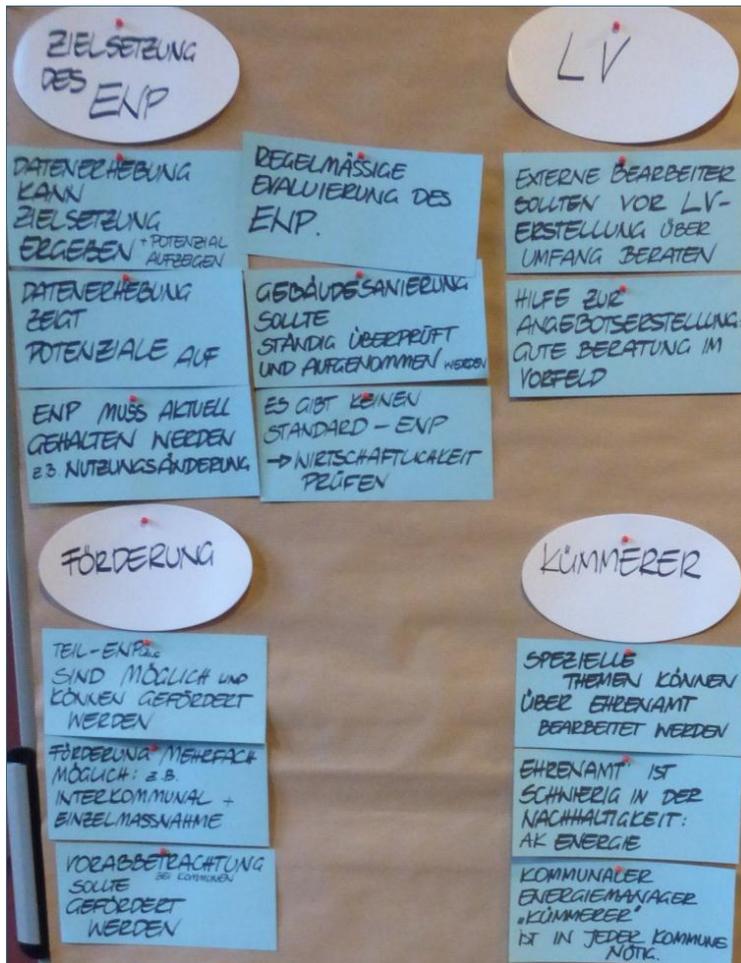


Abb. 12: Thementisch A/C: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

Bezüglich ihrer Vorkenntnisse und Erwartungen konnten die anwesenden Gemeindevertreter grob in drei unterschiedliche Gruppen unterteilt werden:

Ein Großteil kam, um sich grundlegend zu informieren. Sie hatten noch keine Erfahrung mit einem ENP oder EK. Die Teilnehmer dieser Gruppe suchten hauptsächlich Hilfestellungen für den richtigen Einstieg in den „Prozess ENP/EK“.

Eine weitere Gruppe hatte bereits einen ENP/EK erstellen lassen und stand vor oder mitten in der Umsetzung konkreter Maßnahmen, darunter die beiden Impulsgeber. Diese Gruppe war besonders am kommunalen Erfahrungsaustausch interessiert. Eines ihrer Anliegen war, herauszufinden, wie mit politischen und gesellschaftlichen Widerständen umgegangen werden kann oder wie kleine Kommunen das Personalproblem beim Energiemanagement lösen.

Die Vertreter der dritten Gruppe konnten bereits von ihren Erfahrungen bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen berichten, sei es, dass die kommunalen Liegenschaften energetisch saniert, ein Nahwärmenetz aufgebaut oder ein fundiertes Klimaschutzkonzept erstellt wurde. Das vorrangige Anliegen dieser Gruppe war, dass diese Einzelmaßnahmen in ein Gesamtkonzept integriert werden sollten. Daneben waren sie am Austausch interessiert, wie in anderen Kommunen das Monitoring installiert oder ausgebaut wurde.

### **Thema: Ziele eines ENPs festlegen**

Die Diskussion ergab, dass bei vielen Gemeinden erst die übersichtliche Zusammenschau der kommunalen Energiesenken und -quellen mittels eines ENPs Handlungsbedarf und wirtschaftliche Handlungsspielräume erkennen ließen. Einige Planer sowie auch Gemeindevertreter empfahlen daher auch, sich bei der Datenerhebung bereits im Vorfeld gut beraten zu lassen, wo große Potenziale zu erwarten sind und welche Untersuchungen dagegen nur wenig Potenzial erwarten lassen. Findet eine solche Einschränkung des Untersuchungsraumes nicht statt, besteht die Gefahr, dass zu viel Aufwand in die Erhebung von Daten investiert wird und anschließend nicht mehr ausreichend Ressourcen in dem Projekt zur Verfügung stehen, um die Daten auch sinnvoll und zielführend auszuwerten.

Es wurde festgestellt, dass sich durch Nutzungsänderungen oder Gebäudesanierungen die energetischen Anforderungen einer Gemeinde immer wieder ändern können. So kann z. B. durch eine Entvölkerung des Ortskerns ein Nahwärmenetz trotz des theoretisch ermittelten Bedarfs, der sich aus dem Gebäudebestands ergibt, aufgrund mangelnder Abnehmer nicht mehr rentabel betreiben lassen. Ein ENP muss deswegen von Anfang an auf die gemeindespezifischen Gegebenheiten eingehen, sich den Änderungen laufend anpassen und entsprechend fortgeschrieben werden. Die Experten in den Diskussionsrunden waren sich darüber einig, dass ein „Standard-ENP“, der die kommunalen Besonderheiten nicht ausreichend berücksichtigt, abgesehen von den grundlegendsten Bestands- und Potenzialanalysen, keinen langfristigen Nutzen als Planungsinstrument für die Gemeinde darstellt.

### **Thema: Ausschreibung**

Ausschreibungsunterlagen, die von Nachbargemeinden übernommen werden, sind nur sehr begrenzt auf die eigene Kommune übertragbar und sollten nur als Orientierungshilfe für den Einstieg in den Ausschreibungsprozess dienen. Je ungenauer das Ausschreibungspaket ist, desto allgemeiner werden die Angebote der Berater. Bei sehr unspezifischen Ausschreibungen sind die einzelnen Angebote dann nur begrenzt inhaltlich vergleichbar, da jedes Beratungsunternehmen seine eigenen Schwerpunkte setzt, die die eigenen Kompetenzen wiederspiegeln, aber häufig nicht den kommunalen Voraussetzungen entsprechen. Kommunale Vertreter und Mitarbeiter in Ingenieurbüros berichteten, dass eine frühzeitige Einbeziehung der zur Angebotsabgabe aufgeforderten Firmen meist Klarheit darüber schaffte, was von dem Projekt, aber auch von dem jeweiligen Projektpartner, erwartet wurde.

### **Thema: Datenermittlung**

Um ausreichend aussagekräftige Daten zu erhalten und eine unübersichtliche Datenmenge zu vermeiden, empfiehlt es sich, im Vorfeld eine Liste anzulegen, welche Daten für das gewählte Vorhaben notwendig sind. Dies kann in Abstimmung mit externen Dienstleistern geschehen.

Kommunale Vertreter berichteten, dass oft schon kleinere, leicht zu erhebende Datenmengen eine gute Grundlage für einen allgemeinen Überblick bildeten. Es lohne sich immer wieder zu überprüfen, welche Rückschlüsse die ermittelten Daten bereits zuließen und wo noch nachgeschärft werden müsse. In ein paar Fällen konnte dadurch die Datenerhebung stark reduziert werden. Als Zeitdauer für die Erhebung von Verbrauchsdaten und Ressourcen in der Gemeinde wurde von zwei Kommunen etwa ein halbes Jahr genannt.

Privathaushaltsdaten können entweder durch Stadt-/Gemeindewerke oder Kaminkehrer zur Verfügung gestellt oder mittels Fragebogen erhoben werden. Die Erfahrungen waren hier unterschiedlich. Häufig wurde der Datenschutz als Hemmnis für eine Datenfreigabe seitens der Kaminkehrer genannt. Eine Fragebogenaktion bei Privathaushalten (Rücklauf ca. 30 %) in Kombination mit frei verfügbaren statistischen Werten ergab dagegen eine ausreichend gute Datenbasis, von der konkrete Aussagen ableitbar waren. Ein Gemeindevertreter gab den Tipp, die Fragebogenaktionen mit konkreten Projekten zu verknüpfen. Die Bürger seiner Gemeinde fühlten sich dadurch persönlich angesprochen und

waren eher bereit, Auskunft zu geben. In einem Fall wurde die Umfrage beispielsweise mit einem Grundschulprojekt kombiniert.

Datenerhebungen bei Firmen sollten möglichst im direkten Gespräch erfolgen. So lassen sich leichter Ressourcen und Potenziale ermitteln (z. B. die Nutzung von Restwärme für Nahwärmekonzepte). Grundsätzlich wurde die Erfahrung gemacht, dass sich die Datenerhebung durch Nachfrage bei den Verbrauchern einfacher gestaltet, wenn sie durch die Kommune durchgeführt wurde als durch eine externe Firma. Die Erfahrung zeigte außerdem, dass es sinnvoll war, möglichst frühzeitig den Energieversorger und die Kaminkehrer(-Innung) in das Projekt ENP/EK einzubinden.

Um die ermittelten Daten für die Kommune langfristig nutzbar zu halten, muss der einem ENP zugrunde liegende Datensatz auf das kommunale Geoinformationssystem (GIS) abgestimmt sein. Wichtig ist, dass dies den Planern von Anfang an kommuniziert wird.

### **Thema: Allgemein verfügbare Daten**

Nicht alle Daten müssen mühsam neu ermittelt werden. Es gibt verschiedene Quellen, die die Gemeinden nutzen können. Beispiele sind Energymap.info, der Energie-Atlas Bayern<sup>4</sup>, der Windatlas Bayern<sup>5</sup> sowie Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und des Staatlichen Vermessungsamtes. Auch die Datenschutzbeauftragten in den Landratsämtern können Hilfestellung geben, wie Kommunen leichter an Daten gelangen. Ab 2014 wird der „Datenpool ENP“ in dem Energie-Atlas Bayern zu finden sein. Dieses Projekt wird in Zusammenarbeit mit ENERGIE INNOVATIV an der Technischen Universität München bearbeitet. Ziel ist es, einheitliche Standards der Datenerhebung und Datenverwendung für die Bestands- und Potenzialanalyse zu erarbeiten. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes fließen in die Entwicklung einer interaktiven Internetplattform ein, die mit dem Energie-Atlas Bayern verlinkt sein wird. In einem ersten Schritt soll die effiziente Auffindung und Organisation von Datengrundlagen für die kommunale Energieplanung und eine Hilfestellung bei der Ausschreibung von Energienutzungsplanungen ermöglicht werden. In einem zweiten Schritt werden ein standardisiertes Datenpaket ENP und erste Softwarewerkzeuge für die Bestands- und Potenzialanalyse für Planer entwickelt.

### **Thema: Notwendige Datentiefe**

Die zu ermittelnde Datentiefe hängt stark von der Fragestellung ab, die untersucht werden soll: Handelt es sich um eine interkommunale Untersuchung oder um ein abgestecktes Siedlungsgebiet? Sollen konkrete Maßnahmen umgesetzt werden oder werden diese erst in anschließenden Machbarkeitsstudien konkretisiert?

Kommunen wurden hierzu teils von Planungsbüros beraten. Ob es sinnvoller ist, die Daten gebäudegenau, straßenweise oder siedlungsbezogen zu ermitteln, lag an der Aufgabenstellung, aber auch an der Gemeindegröße. Der Tipp der erfahrenen Gemeindevertreter war, dass sich meist ein Vorgehen in Schleifen lohne: Nicht schon zu Beginn alle Daten sammeln, die möglich sind, sondern nur was tatsächlich gebraucht wird. Bei Bedarf kann dann zielgerichtet vertieft werden.

### **Thema: Förderung**

Aus Sicht eines Experten ist für die Förderungsfähigkeit eines ENPs nicht eine möglichst breite Bestandserhebung/Potenzialanalyse erforderlich, sondern eine fundierte Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalyse konkreter Maßnahmen. Eine ENP-Förderung kann auch für Teilprojekte und zudem

<sup>4</sup> [www.energieatlas.bayern.de/](http://www.energieatlas.bayern.de/)

<sup>5</sup> [www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html](http://www.energieatlas.bayern.de/kommunen/gebietskulisse.html) und [www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer\\_Windatlas.pdf](http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/Web-Dateien/Dokumente/energie-und-rohstoffe/Bayerischer_Windatlas.pdf)

auch mehrfach beantragt werden z. B. zuerst für ein interkommunales Projekt, das eher der Verortung von Handlungsalternativen dient, und später für konkretere und enger abgesteckte Untersuchungen.

### **Thema: Kümmerer**

Jede Kommune benötigt eine Person oder ein Team, das sich dem Thema Energiewende in der Gemeinde annimmt und über den ENP/das EK hinaus Projekte und Maßnahmen koordiniert. Es wurde berichtet, dass einzelne Themen auch im Ehrenamt (z. B. durch einen Arbeitskreis Energie) erarbeitet werden konnten. Ein langfristiges und weitreichendes Engagement, wie es die kommunale Energieplanung benötigt, ist jedoch im Ehrenamt kaum abbildbar. Die Erfahrung zeigte in mehreren Fällen, dass sich Bürger häufig nur in einzelnen Projekten engagieren, von denen sie direkt betroffen sind oder wenn durch die Gemeinde Anreize gesetzt werden.

### **Thema: Maßnahmen**

Bürger sollten über die geplanten Maßnahmen gut informiert werden. Je früher sie eingebunden werden, desto besser.

Alle Maßnahmen müssen zudem für die Kommune langfristig politisch und wirtschaftlich tragbar sein. Daher ist es besonders wichtig, bei den privaten Verbräuchen zu kontrollieren, ob Änderungen im Energiesektor in absehbarer Zeit sowieso anstehen (z. B. Sanierungen, Ausbau von Photovoltaikanlagen etc.).

## 11.2 Thementisch B: Konzeptentwicklung, Umsetzung von Maßnahmen

### Impulsgeber:

- Norbert Beutmüller, 1. Bürgermeister, Gemeinde Oberhausen
- Georg Keis, 1. Bürgermeister, Gemeinde Laugna

### Moderation:

- Prof. Dr.-Ing. Markus Brautsch, Institut für Energietechnik IfE an der Hochschule Amberg-Weiden

### Dokumentation:

- Markus Weinkopf, citycom-münchen

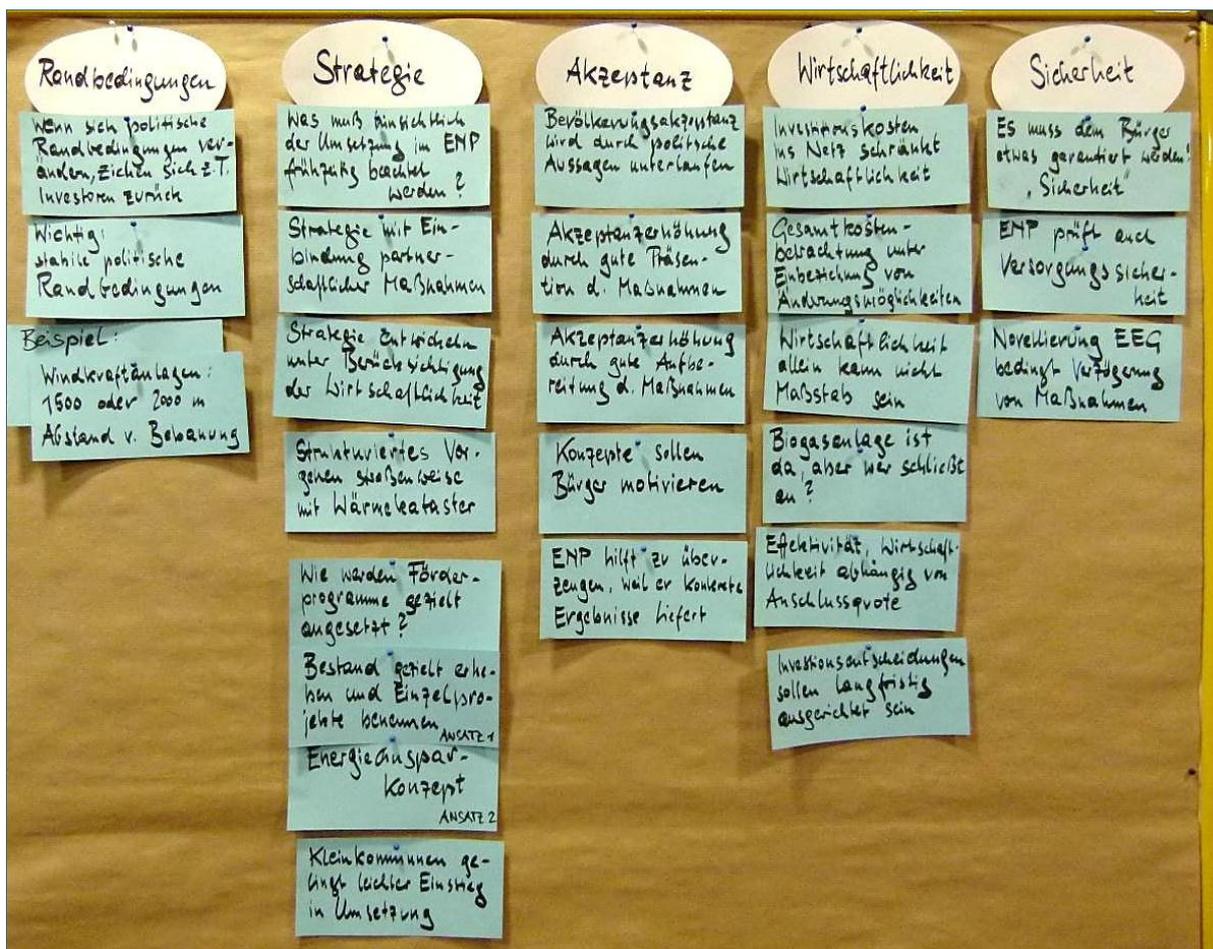


Abb. 13: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

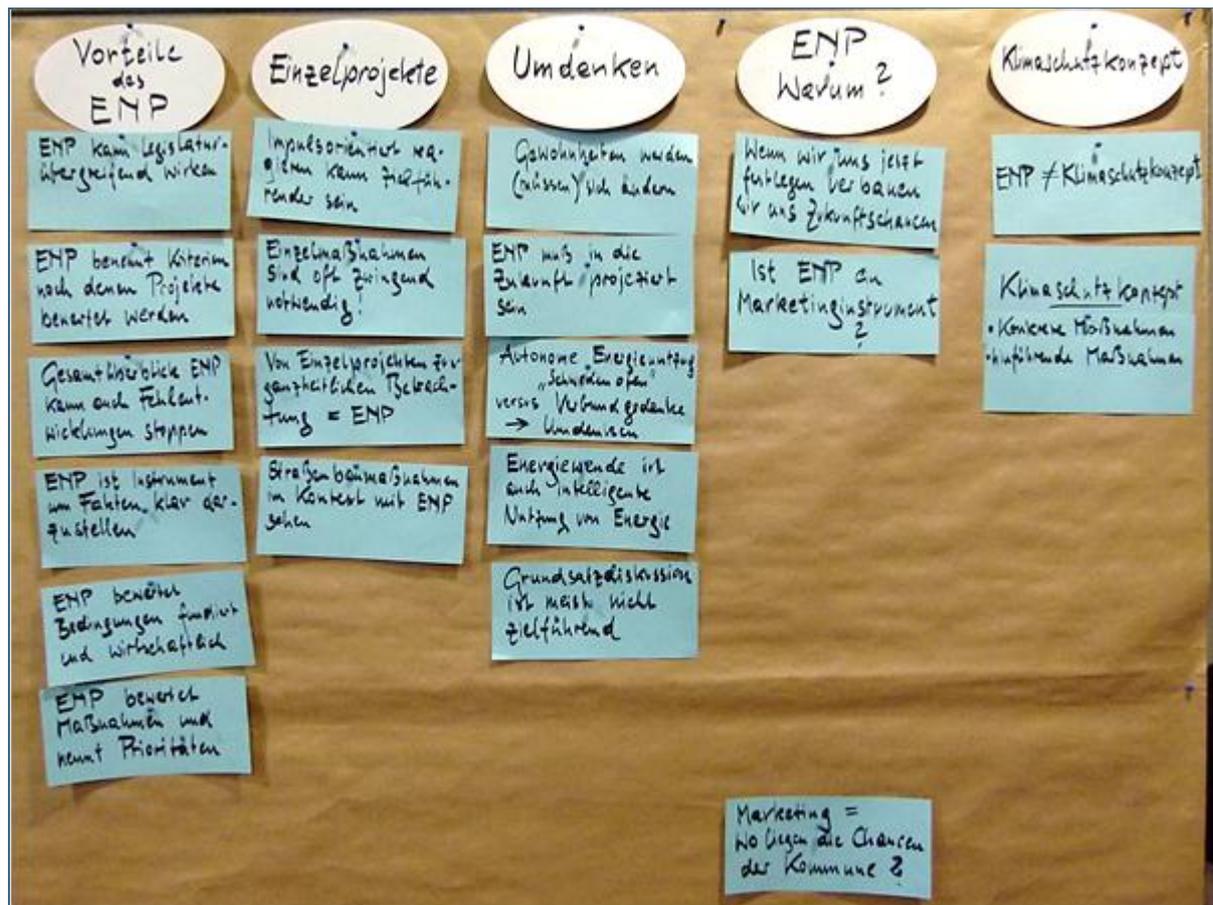


Abb. 14: Thementisch B: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### Mündlich von Prof. Brautsch für die Diskussionsanregung vorgetragene Thesen:

Der ENP soll fundiert auf den Ist-Zustand der Kommune – damit sind sowohl kommunale, gewerblich-industrielle, als auch private Verbraucher gemeint – aufbauen. Die Kommune soll mit der Ausweisung von Energieeffizienzpotenzialen bzw. den Ausbaupotenzialen erneuerbarer Energien nicht auf sich allein gestellt bleiben. Darauf aufbauend sollen unterschiedliche Detailprojekte mit hohem Multiplikatoreffekt objektiv (technisch, wirtschaftlich, ökologisch) bewertet werden. Konkrete Maßnahmen müssen wirtschaftlich und zeitlich priorisiert werden. Für die Kommune soll sich ein Handlungsleitfaden für die nächsten Jahre ergeben, wie die Energiewende vor Ort individuell gestaltet werden kann.

### Thema: Rahmenbedingungen

Ein kommunaler Vertreter beklagte die Verunsicherung in der Bevölkerung und führte folgendes Beispiel an: Durch jüngste Aussagen des bayerischen Ministerpräsidenten hinsichtlich des Abstands zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung kam es in der Öffentlichkeit zu Irritationen. Damit wurde die bereits errungene Bevölkerungsakzeptanz durch die Politik unterlaufen. Der Gesprächsleiter betonte daraufhin, dass für die Wirksamkeit eines ENPs sichere, stabile und verlässliche politische Rahmenbedingungen wichtig sind. Von einem Gemeindevertreter kam noch die Ergänzung, dass jede Verunsicherung in der Bevölkerung Skepsis schafft und auch Ursache dafür sein kann, dass sich Investoren zurückziehen.

### Thema: Strategie

Für die Umsetzung eines ENPs ist ein strategisches und strukturiertes Vorgehen unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit erforderlich, sodass schließlich sinnvolle Maßnahmen erkannt und umgesetzt werden können.

Seitens einer Kommune wurde gefragt, wie Förderprogramme grundsätzlich gezielt angesetzt werden können. Dazu erklärte der Gesprächsleiter, dass es im Rahmen der Förderung durch das Wirtschaftsministerium prinzipiell zwei Ansätze von Konzepten gebe. Der erste Ansatz ist das direkte Abarbeiten von Einzelprojekten im Rahmen von Energieeinsparkonzepten mit 50 %iger Förderung. Der zweite Ansatz ist Erstellung eines fundierten ENPs mit 70 %iger Förderung.<sup>6</sup>

### Thema: Akzeptanz

Ein kommunaler Vertreter fragte, wie die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht werden kann. Daraufhin wurde die Erfahrung geäußert, dass eine Akzeptanzerhöhung im Bereich des ENPs durch fundierte Aufbereitung und gute Präsentation der Maßnahmen gelinge. Insbesondere Maßnahmen mit hohem Multiplikatoreffekt, z. B. die Sanierung eines öffentlichen Gebäudes, sollen die Bevölkerung motivieren. Zudem hilft der ENP zu überzeugen, weil er konkrete Ergebnisse liefert. Hier gilt das Schlagwort: Klare Fakten, klare Ziele.

### Thema: Wirtschaftlichkeit

Als Diskussionsbeitrag wurde die Bedeutung der Wirtschaftlichkeit betont. Dazu führte der Gesprächsleiter aus, dass bei einer Gesamtkostenbetrachtung Änderungsmöglichkeiten in Form von Sensitivitätsbetrachtungen mit einzubeziehen sind und dass insbesondere Investitionskosten in bestehende bzw. zu erstellende Nahwärmenetze zu berücksichtigen sind. Investitionsentscheidungen sollten demzufolge langfristig ausgerichtet sein. Es wurde betont, dass Effektivität und Wirtschaftlichkeit von Nahwärmenetzen auch abhängig von der Anschlussquote sind. Als Erfahrungsbeispiel wurde berichtet, dass eine Biogasanlage in einer Kommune bereits da ist, aber keiner anschließt.

### Thema: Vorteile des ENPs

Seitens einer Teilnehmerin wurde Skepsis gegenüber einem ENP artikuliert: „Wenn wir uns jetzt festlegen, verbauen wir uns die Zukunft!“ Der ENP sei doch nur ein Marketingkonzept. Es wurde daraufhin diskutiert, was unter Marketing zu verstehen ist. Der Gesprächsleiter wies darauf hin, dass Marketing auch bedeuten kann, zu fragen, wo die Chancen einer Kommune in der Zukunft liegen.

Auf die Frage nach den Vorteilen des ENPs wurde genannt, dass er legislaturübergreifend ist. Er benennt Kriterien, nach denen Projekte bewertet werden. Ein ENP kann auch Fehlentwicklungen erkennen, die dann frühzeitig gestoppt werden können. Er ist ein Instrument, das Fakten klar darstellt. Die vorliegenden Bedingungen werden fundiert und wirtschaftlich bewertet und Prioritäten können genannt werden. Zudem erwähnte ein Experte, dass der ENP auch die Versorgungssicherheit prüfen und Aussagen dazu machen muss, insbesondere bei der Untersuchung der lokalen Potenziale erneuerbarer Energien.

### Thema: Einzelprojekte

Mehrere Teilnehmer sprachen Einzelprojekte an, die bereits vor Aufstellung eines ENP in Angriff genommen worden sind. Es könne auch vorkommen, dass – trotz der Bemühung einer zunächst gesamtheitlichen Betrachtung – Einzelmaßnahmen direkt notwendig sind. Als Beispiel wurde die dringend erforderliche Sanierung einer kommunalen Liegenschaft genannt. In diesem Zusammenhang

<sup>6</sup> Mehr Informationen dazu gibt es in Kapitel 12.

wurde gefragt, ob impulsorientiertes Reagieren zielführender sein kann als die detaillierte Ausarbeitung eines ENPs. Daraufhin wurde von einem Experten ausgeführt: Für den ENP gilt das Prinzip, vom Einzelprojekt zur Gesamtbetrachtung zu gehen. So sollen beispielsweise bei notwendigen Straßenbaumaßnahmen die Ziele des ENPs im Kontext gesehen und berücksichtigt werden.

### **Thema: Umdenken nötig**

Die Teilnehmenden diskutierten grundsätzliche Bedingungen für die Umsetzung eines ENPs. Allgemein gilt, dass für ein erfolgreiches Umsetzen eines ENPs auch ein „Umdenken“ in der Gesellschaft erforderlich ist. Hier sind Gewohnheiten in Frage zu stellen. Ein Teilnehmer erwähnte als Beispiel die beliebte autarke Beheizung durch einen sogenannten Schwedenofen, der aber im Gegensatz zum Verbundgedanken steht. Der Gesprächsleiter ergänzte, dass Energiewende auch heißt, Energie intelligent zu nutzen. Ein ENP soll daher auch künftige Entwicklungen (demographische Entwicklungen, Energiepreissteigerungen usw.) betrachten.

### **Thema: Klimaschutzkonzept**

Immer wieder wurden von den Teilnehmern Klimaschutzkonzept und ENP in einem Zusammenhang genannt. Ein Experte erläuterte daraufhin, dass es wichtig ist, zwischen ENP und Klimaschutzkonzept zu unterscheiden. Ein Klimaschutzkonzept nennt vor allem hinführende Maßnahmen, fördert Bewusstseinsbildung und Gesprächsgruppen. Ein ENP liefert Maßnahmenkataloge und konkrete Konzepte mit Beteiligung der relevanten Akteure.

### 11.3 Thementisch D: Interkommunale Kooperation, Stadt-Umland

**Impulsgeber:**

- Joseph Mayer, 1. Bürgermeister, Markt Wallerstein

**Moderation:**

- Erich Monhart, K.GREENTECH

**Dokumentation:**

- Brigitte Gans, citycom-münchen



Abb. 15: Thementisch D: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

#### Thema: Eignung des ENPs für interkommunale Kooperation

In allen Runden wurde sehr kritisch diskutiert, ob der ENP ein geeigneter Einstieg in eine interkommunale Kooperation ist und ob er sich generell für die Kooperation eignet. Laut der Erfahrung der Teilnehmenden verhindern oft Ängste, in den eigenen Interessen zurückstecken zu müssen, eine Ko-

operation. Als großer Nachteil wurde zudem gesehen, dass der Abstraktionsgrad der Aussagen bei einem größeren Betrachtungsgebiet steigt, und dies für die Maßnahmenplanung auf Gemeindeebene oft nicht sinnvoll ist. Es kann aber auch, so hielt ein Experte dagegen, erst ein gemeindeübergreifender und später ein auf ausgewählte Teilgebiete einer einzelnen Gemeinde fokussierter ENP erstellt werden.

Allerdings befürwortete etwa die Hälfte der diskutierenden Gemeindevertreter das Modell, dass der ENP in der Phase der Potenzialanalyse in Kooperation durchgeführt wird. Bei der Umsetzung der Maßnahmen müsse jedoch jede Gemeinde prüfen, was sie sich leisten kann und wird dann oft ihren eigenen Weg gehen – es sei denn, es bieten sich gemeinsame Projekte der Energieerzeugung an. Bei der Windenergie, bei Biogas- oder großen Photovoltaikanlagen beispielsweise macht meist nur eine Umsetzung zusammen mit anderen Gemeinden Sinn.

### **Thema: Wo macht die interkommunale Kooperation Sinn?**

Vor allem die anwesenden Experten von Planungsbüros und Behörden betonten die Vorteile der interkommunalen Kooperation: Aus Gründen des Umwelt- und Naturschutzes sowie möglicher Synergieeffekte sei eine Kooperation mehr als sinnvoll. Die Kooperation von Städten mit ihrem Umland wurde als nötig bezeichnet, um z. B. Versorgungsdefizite auszugleichen (Städte haben wenig Flächenpotenzial für erneuerbare Energien, aber viele Abnehmer). Die Vertreter kleinerer Gemeinden berichteten, dass oft die Bürger schon in Netzwerken verbunden sind. Die Kooperation sei daher leichter aufzubauen.

Als Vorteil einer Kooperation wurde außerdem benannt, dass kleinere Gemeinden gegenüber Dritten (Investoren, Planern etc.) gemeinsam als stärkerer Partner auftreten können. Auch die Qualitätskontrolle bei getroffenen Maßnahmen fällt gemeinsam leichter, weil die Kompetenz gebündelt werden kann. Gemeinden können z. B. gemeinsam einen Energiewirt ausbilden lassen.

Bei der Bestandsaufnahme zum ENP mache die Kooperation v.a. dann Sinn, wenn die Strukturen vergleichbar sind und der Entwicklungsstand in Sachen Energieplanung vergleichbar ist.

Sinnvoll sei weiterhin eine projektbezogene Kooperation, z. B. wenn eine Gemeinde für die Abwärme eines Gewerbebetriebs Abnehmer finden möchte.

Wichtig war in der Diskussion der Hinweis des Vertreters von Bayern Innovativ, dass beim ENP auch die Förderung von Teilen und Schwerpunkten möglich ist, die bzgl. Kosten und Nutzen interessant sind. Gemeinden müssen sich also nicht für alle Schritte von der Analyse bis zur Umsetzung gemeinsam fördern lassen. Sie können gewisse Teilbereiche in Kooperation und andere für ihre Gemeinde alleine zur Förderung beantragen.

### **Thema: Partner für eine Kooperation**

Diskutiert wurde auch, in welchem Umgriff eine Kooperation sinnvoll ist. Der Landkreis wurde von vielen als zu großer Umgriff gesehen. Die Verwaltungsgemeinschaft stellt eine funktionierende Ausgangsbasis dar, weil dort meist die Strukturen schon funktionieren und das Vertrauen gewachsen ist. Dieser Kreis kann um ausgewählte Gemeinden erweitert werden. Der Kreis der Beteiligten soll überschaubar sein, damit intensiver Kontakt möglich ist.

Der Impulsgeber berichtete, dass die Kooperation durch das fördernde Amt für Ländliche Entwicklung angestoßen wurde. Sehr hilfreich waren die dadurch bedingten regelmäßigen gemeinsamen Treffen, in denen schnell deutlich wurde, dass alle Gemeinden ähnliche Probleme haben und es sich daher lohnt, „an einem Strang zu ziehen“. So entstanden Ziele, die gemeinsam erreicht werden sollen. Dann

war es gut, mit konkreten kleinen Projekten zu starten und die Zusammenarbeit wachsen zu lassen. Dies hat auch geholfen, den Nutzen der Zusammenarbeit den Bürgern zu vermitteln.

**Thema: Anstoß für die Kooperation**

Konsens bestand darin, dass die interkommunale Kooperation einen Anstoß braucht – von selbst entscheiden sich Gemeinden nur selten dafür. Bei den EKs bietet die Förderung einen Anreiz. Es gab Befürworter der Idee, die Energieplanung an die Landkreise zu delegieren, die die Gemeinden zusammenbringen und die Aktivitäten koordinieren.

## 11.4 Thementisch E: Öffentlichkeitsbeteiligung (Bürger, Unternehmen)

### Impulsgeber:

- Oliver Strahl, Bürger der Gemeinde Mittelneufnach

### Moderation:

- Frank Brodmerkel, Bayerische Verwaltungsschule, Grüne Welle Kommunikation

### Dokumentation:

- Ursula Ammermann, citycom-münchen



Abb. 16: Thementisch E: Visualisierte Diskussionsergebnisse.

### **Thema: Erfahrungen der Kommunen mit Öffentlichkeitsbeteiligung**

Die Erfahrungen der Kommunen mit der Einbindung von Öffentlichkeit – nicht nur zum ENP und EK, sondern auch allgemein – waren sehr unterschiedlich. Hinsichtlich ENP/EK standen viele Kommunen erst ganz zu Beginn des Prozesses, in anderen musste der Gemeinderat noch vom ENP bzw. EK überzeugt werden. Eine Gemeinde hatte bereits einen Förderantrag für den ENP gestellt.

Mehrere Gemeinden hatten bereits Erfahrungen mit der Einbindung der Bevölkerung im Energiebereich auf anderer Ebene gesammelt, so z. B. im Rahmen von Klimaschutzkonzepten, Vor-Ort-Begehungen, Energiewendeveranstaltungen, persönlicher Beratung von Bürgern, die selbst aktiv werden wollten und sich an die Kommune wandten, sowie in Arbeitskreisen und Energieteams. Es lagen auch Erfahrungen in Bereichen wie Gemeindeentwicklungskonzept und Ortsplanung vor.

Einzelne Kommunen hatten sich externe Berater geholt z. B. aus dem eza! (Energie- & Umweltzentrum Allgäu). Augsburg hat mit zwei benachbarten Landkreisen ein regionales Klimaschutzkonzept mit großer Bürgerbeteiligung durchgeführt, steht nun aber vor dem Problem, das Interesse der Öffentlichkeit über den laufenden Prozess hinweg aufrecht zu erhalten.

Eine Kommune ging den Weg über eine Klausurtagung des Gemeinderates, in der fünf zukunftssträchtige kommunale Themen identifiziert und die Bürger dann zur Mitgestaltung dieser Themen eingeladen wurden.

Im Vordergrund des Thementisches standen daher Fragen nach dem „Wie“ der Beteiligung.

### **Thema: Start der Öffentlichkeitsarbeit**

Die Fragen nach dem richtigen Zeitpunkt und dem richtigen Vorgehen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden intensiv diskutiert. Es wurde schnell deutlich, dass es hier keinen Königsweg gibt, sondern jede Kommune für sich ihren eigenen Weg finden muss. Die Art der Beteiligung hängt zudem stark von der Gemeindegröße ab.

Die Bevölkerung selbst wurde von den Teilnehmern als zwiespalten angesehen: Es gibt auf der einen Seite engagierte Bürger, die Anstöße geben und den Prozess ins Rollen bringen. Diese Bürger wurden als wichtige Pioniere gesehen, die mit guten Beispielen vorangehen. Ihre Anregungen sollten aufgenommen und weitergetragen werden, sonst versandet das bürgerschaftliche Engagement.

Auf der anderen Seite wurde eine Beteiligungs-Übersättigung konstatiert, da inzwischen zu nahezu jedem Prozess – sei es Bauleitplanung, integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), Agenda 21 oder eben Energiewende – zu eigenen Beteiligungsaktionen eingeladen wird.

Zu Beginn eines Beteiligungsprozesses sahen sich die erfahrenen Kommunen oft mit Ängsten, Unkenntnis, Sorge um die für den Einzelnen anfallenden Kosten, Missgunst gegenüber dem Profit Einzelner an der Energiewende sowie Egoismen konfrontiert.

Die Gemeinde Mittelneufnach (ca. 1.050 Einwohner) schlug folgenden Weg ein: In einer Bürgerversammlung sollten die Bürger die kommunalen Themen der Zukunft gewichten – 40% der Stimmen erhielt dabei mit großem Abstand das Thema Energie. Dies war der Startschuss für die Gründung eines Arbeitskreises Energie, in dem sich alle interessierten Bürger einbringen konnten. Mit zwei Leuchtturmprojekten wurden Aufmerksamkeit und Mitmachbereitschaft der Bevölkerung geweckt:

- Angebot des Austausches alter Heizungspumpen mit einer Amortisationszeit von 2,5 bis 3 Jahren. Die Gemeinde hat für ihre daran interessierten Bürger einen Festpreis mit einem regionalen Heizungsbauer ausgehandelt.

- Umsetzung des Angebotes eines privaten Gastronomen, den örtlichen Kindergarten und weitere Gebäude der Gemeinde über seine modernisierte Hackschnitzelheizung mit zu versorgen (Nahwärmenetz).

An überzeugenden Argumenten, die die Mitmachbereitschaft und das Interesse der Bürger erhöhen, wurden die Darstellung des individuellen Nutzens z. B. durch Kosteneinsparung sowie anschauliche Beispiele durch Pioniere im Ort oder auch in Nachbargemeinden (interkommunale Zusammenarbeit) genannt.

### **Thema: Rahmenbedingungen**

Die Teilnehmer erörterten die für einen Beteiligungsprozess erforderlichen Rahmenbedingungen. Konsens war, dass zu Beginn jeder Öffentlichkeitsbeteiligung zum ENP/EK Handlungsrahmen, Spielräume, Zeitpunkt und der Prozess der Beteiligung festgelegt werden müssen. Die Kommune muss sich über ihre Ziele im Klaren sein.

Zentrale Fragen sind zu klären: Zu welchem Zeitpunkt im ENP startet die Beteiligung und in welcher Intensität? Ferner ist festzulegen, ob die Bevölkerung nur informiert oder aktiv beteiligt werden soll. Schließlich ist zwischen Beteiligung der allgemeinen Öffentlichkeit und der Einbindung wichtiger Akteure zu unterscheiden. Es wurde allerdings auch erwähnt, dass in gewisser Weise Vorsicht geboten ist: Überbeteiligung kann sich auch kontraproduktiv auswirken.

Als wesentlich wurde erachtet, dass Bürgermeister und Gemeinderat hinter dem ENP/EK stehen und dass eine zeitnahe und verbindliche Kommunikation zwischen Gemeinderat/Stadtrat und Bürgerschaft gepflegt wird: Werden die Bürgervorstellungen zum ENP/EK nicht an die politischen Entscheidungsträger weitergereicht und auch berücksichtigt oder ggf. argumentativ aufgegriffen, entstehen Enttäuschung und Frustration, was sich negativ auf den weiteren Beteiligungsprozess auswirkt. Bürgerbeteiligung darf also kein Pro-Forma-Prozess sein.

Um überzogene Erwartungen seitens der Bürger zu vermeiden, sollten zu Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung auch Grenzen und mögliche Zwänge, denen der Gemeinderat unterliegt (Gesetze, Finanzspielräume), klar kommuniziert werden.

### **Thema: Unterschiedliche Wege zum ENP**

Zwei unterschiedliche Vorgehensweisen wurden besprochen:

Weg 1 – Technisch geprägtes Vorgehen: Vor der Einbindung der breiten Öffentlichkeit steht die Erhebung der Basisdaten, damit sich die Kommune selbst einen Überblick verschaffen kann über ihre energetische Situation und ihre konzeptionellen Möglichkeiten. Während dieses Prozesses sollen zwar zentrale Akteure der Gemeinde (Landwirte, Unternehmer, Experten) eingebunden werden. Doch erst wenn das Konzept vorliegt, soll die breite Öffentlichkeit aktiv angesprochen werden. Unabhängig davon ist eine frühzeitige Information der Bevölkerung im Vorfeld der Analyse und Konzepterstellung empfehlenswert. Fachleute wiesen darauf hin, dass bei dem ENP selbst keine finanzielle Förderung der Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, lediglich die Akteurseinbindung sowie eine Abschlusspräsentation, z. B. im Rahmen einer Bürgerversammlung, werden gefördert.

Weg 2 – Bürgerschaftlich geprägtes Vorgehen: Hier wird die ausschließliche Information der Bürger bei der Erstellung des ENPs als nicht ausreichend angesehen. Stattdessen ist die Energiekompetenz der Bevölkerung von Anfang an mit einzubinden, auch um Misstrauen zu vermeiden sowie Ideen, Anregungen und die Vor-Ort-Kenntnis der Bevölkerung zu nutzen. So kann auch sichergestellt werden, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Energiepotenziale in der Kommune erkannt und eingeplant werden können und spätere Vorschläge der Gemeinde auf mehr Akzeptanz stoßen.

## Thema: Strategische Bausteine

Die erfahrenen Kommunen und Experten nannten strategische Bausteine zur Öffentlichkeitseinbindung:

Die Beteiligung soll zielgruppenspezifisch erfolgen: Männer, Frauen, Kinder, Jugendliche, Eigentümer oder Mieter, Unternehmer oder Landwirte haben meist unterschiedliche Sichtweisen auf und Interessen an der Energiewende bzw. am ENP. Durch Ansprache möglichst aller Bevölkerungsgruppen entsteht eine breitere Motivation, sich mit dem Thema Energie zu befassen – es beteiligen sich nicht immer nur die „üblichen Verdächtigen“.

Beratung, Moderation und Begleitung der Kommune durch externe Profis unterstreichen die Ernsthaftigkeit des ENP/EK-Prozesses und entlasten die Gemeinde und ihre Mitarbeiter. Gerade Mitarbeiter/Angestellte kleinerer Gemeinden kennen zwar ihre lokalen Strukturen, ihre Akteure und Bürger sehr gut, stoßen aber oft bei der Moderation eines Beteiligungsprozesses an ihre personellen Grenzen.

Energiestammtische oder Energie-Arbeitsgruppen einzurichten wurde als gute Möglichkeit gesehen, tragbare Vorschläge aus der Bürgerschaft zu erhalten. Diese müssen jedoch auch von den Funktionsträgern aus Politik und Verwaltung aufgegriffen und weiterverfolgt werden. Auch Agenda21-Gruppen bieten einen guten Einstieg. Ein unterschiedlicher Wissenstand in solchen Gremien kann jedoch hinderlich sein für die Zusammenarbeit und zu Enttäuschung führen, sodass manche Bürger sich zurückziehen. Dem ist durch entsprechende Vorabinformation abzuwehren.

Bürgerengagement muss anerkannt werden – gute Ideen der Bevölkerung, die in Beteiligungsprozessen entstanden sind, sollen von Gemeinderat aufgegriffen und nach Möglichkeit umgesetzt werden. Kontraproduktiv für das Bürgerengagement ist es dagegen, Bürgerideen und -konzepte nicht ernst zu nehmen und stattdessen externe Fachleute mit einer Lösung zu beauftragen.

Energetische Erfolge sind an die Öffentlichkeit zu kommunizieren. Erfolge in der Umsetzung des ENPs/EKs können als Leuchtturmprojekte präsentiert werden, um die Akzeptanz zu erhöhen und zum Mitmachen anzuregen. Zielkonflikte und die oft komplexen energetischen Zusammenhänge sind laufend anzusprechen und verständlich zu machen. Um die oft genannte Skepsis in der Bevölkerung abzubauen, empfiehlt es sich ebenfalls, erfolgreiche Beispiele zu kommunizieren.

Der interkommunale Austausch wurde dabei als wichtig erachtet, denn so können gute Beispiele aus vergleichbaren Gemeinden Interesse wecken und auf die eigene Gemeinde übertragen werden – das „Rad muss nicht dauernd wieder neu erfunden werden“. Lokale Medien und Kommunikationskanäle (z. B. Gemeindeblatt, Aushänge, Webauftritte, etc.) sind zur Unterstützung des ENP/EK-Prozesses aktiv einzubinden.

Als Beispiel für eine landesweite Beteiligung wurde das Projekt BEKO (Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung) der Landesregierung Baden-Württemberg bei der Entwicklung geeigneter Klimaschutzmaßnahmen und der Realisierung der Energiewende über eine Online-Plattform genannt.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> <http://www.beko.baden-wuerttemberg.de/>

## 12 Vortrag: Aspekte der Förderung für Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte

### 12.1 Dr. Peter Wunsch



Projektmanager Innovations- und Technologiezentrum

Bayern Innovativ GmbH  
ITZB Innovations- und Technologiezentrum Bayern  
Gewerbemuseumsplatz 2  
90403 Nürnberg

Tel.: 0911-20671-621, Fax: -5621  
wunsch@bayern-innovativ.de  
www.itzb.de

**Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Aussagekräftige und nachvollziehbare Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

### 12.2 Zusammenfassung des Vortrags

Das Innovations- und Technologiezentrum Bayern (ITZB) gehört dem in Nürnberg und München ansässigen Haus der Forschung an und ist unter anderem der Projektträger für das Förderprogramm BayINVENT. Dahinter verbirgt sich die Förderung innovativer Energietechnologien und Energieeffizienz mit dem Programmschwerpunkt Energienutzungspläne und Energieeinsparkonzepte. Zu diesen Themen wird montags bis freitags von 8 Uhr bis 18 Uhr unter der Service-Nummer 0800 0268724<sup>8</sup> eine Beratung angeboten.

#### **Bewilligungsvoraussetzungen für ein Energieeinsparkonzept und einen ENP**

Antragsberechtigt sind kommunale Gebietskörperschaften und Eigenbetriebe, Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit in Bayern sowie Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Bayern. Eine Voraussetzung ist, dass die Untersuchung sich auf Standorte in Bayern beschränken muss.

Bei dem Energieeinsparkonzept werden die Energieeinsparpotenziale in Liegenschaften, Einrichtungen und Betriebs- bzw. Produktionsstätten analysiert. Darauf aufbauend werden Möglichkeiten, deren Energiebedarf zu verringern und/oder aus erneuerbaren Energien zu decken, aufgezeigt. Ein Beispiel für ein Energieeinsparkonzept ist demnach, wenn eine Kommune wissen möchte, inwieweit eine energetische Sanierung des Rathauses sinnvoll ist. Die Bewilligungsvoraussetzungen bei dem Energieeinsparkonzept sind, dass die Untersuchung Grundlage für anstehende Investitionsentscheidungen ist und die Thematik Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und Nutzung regenerativer Energien umfassen soll. Die Ergebnisse sollen konkrete Realisierungsvorschläge sein und dabei auf die energietechnische Dimensionierung und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen Bezug nehmen.

---

<sup>8</sup> Kostenfrei aus dem deutschen Festnetz, abweichende Preise für Anrufe aus Mobilfunknetzen sind möglich.

Der ENP ist ein informelles räumliches Planungsinstrument für eine oder mehrere Gemeinden und bietet die Basis für eine Koordination von Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Umstellung auf regenerative Energieträger. Bei dem ENP sollen übergeordnete energetische Planungsziele aufgezeigt werden. Der Untersuchungsumfang muss sowohl kommunale als auch private Liegenschaften, Einrichtungen oder Betriebsstätten beinhalten. Damit letztendlich wirklich Maßnahmen in die Umsetzung gebracht werden, muss das Ergebnis des ENPs für ausgewählte Teilbereiche Maßnahmenempfehlungen mit einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung enthalten.

Bei einem ENP ist eine interkommunale Herangehensweise besonders erwünscht. Dabei kann, nachdem ein überregionaler ENP erstellt wurde, ein weiterer, detailschärferer ENP gefördert werden, der beispielsweise auf einen Teilbereich einer Kommune abzielt.

### Art und Höhe der Förderung

Die Förderung besteht aus einer Anteilfinanzierung in Form eines einmaligen Zuschusses für die Kosten der Studie. Die Erstellung von Energieeinsparkonzepten wird mit bis zu 50 % für kommunale Gebietskörperschaften und Träger kirchlicher oder anderer Einrichtungen ohne wirtschaftliche Tätigkeit, mit bis zu 40 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die KMU sind, und mit bis zu 30 % für wirtschaftlich tätige Antragsteller, die keine KMU sind, gefördert. Die Förderhöchstsumme beträgt 50.000 €. Die Erstellung von ENPs wird dagegen mit bis zu 70 % für kommunale Gebietskörperschaften gefördert.

### Antragsverfahren und Vorgehensweise

Bei einem Antrag auf Förderung sowohl bei einem Energieeinsparkonzept als auch bei einem ENP müssen mindestens drei vergleichbare, qualitativ hochwertige und unabhängige Angebote eingeholt werden. Dabei sollte auch auf die Referenzen der Angebotssteller sowie auf Erfahrungen aus Nachbargemeinden geachtet werden. Zu einem Energieeinsparkonzept gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Ist-Zustandes, die Konzeptentwicklung mit verschiedenen Varianten, die Leistungs- und Energiebilanz der Varianten, ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, eine Analyse der Einsparung an Primärenergie und Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen. Zu einem ENP gehören die Grundlagenermittlung und Analyse des Istzustands (Energiebedarf/Energieinfrastruktur in verschiedenen Sektoren), die Potenzialerhebung, eine Konzeptentwicklung mit verschiedenen Szenarien, ein Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsvergleich der Szenarien, eine Analyse zur Reduktion der Emissionen sowie Maßnahmenempfehlungen.



Abb. 17: Dr. Peter Wunsch während des Vortrags.

Für Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit erfolgt die Antragstellung nach Rücksprache beim Projektträger über das elektronische Antragsverfahren (ELAN) des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Für alle weiteren Antragsteller ist der Antrag auf Förderung mit einem Formblatt (Muster 1a zu Art. 44 BayHO) mit Anlagen bei dem ITZB Nürnberg einzureichen.

Die Bewilligung erfolgt nach Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, wobei kein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht.

### Bemerkungen zu der Förderpraxis

Es werden weder Eigenleistungen der Kommune noch „Vergangenheitsbetrachtungen“ gefördert. Es gibt zudem keine Förderung des bürgerlichen Engagements. Dies bedeutet, dass zwar eine Beteiligung von Akteuren, also beispielsweise Vertretern von Bürgerinitiativen und Unternehmen, sowie eine Abschlusspräsentation gefördert werden, nicht jedoch die ständige Einbindung eines jeden Bürgers.

Politische bzw. sozialkritische Betrachtungen werden ebenfalls nicht gefördert, anstelle dessen sollen technische Maßnahmenempfehlungen gegeben werden, wobei immer der Stand der Technik beachtet werden soll. Die Erstellung eines Energiepasses bzw. EnEV-Nachweises fällt ebenso wenig unter die Förderung wie Betrachtungen zur Energieautarkie oder eine „singuläre technische Detailplanung“, d.h. wenn beispielsweise schon klar ist, dass an einem bestimmten Ort ein Windpark gebaut werden soll und dafür eine Detailplanung benötigt wird.

Ein wichtiger letzter Hinweis ist, dass die Vergabe der Untersuchung erst nach Erlass des Bewilligungsbescheides erfolgen darf.

### Frage aus dem Plenum und dazugehörige Antwort

Frage: Gibt es ein Musterleistungsverzeichnis des ITZBs zum ENP?

Antwort: Es existieren ein Leitfaden von Prof. Hausladen<sup>2</sup> sowie ein Merkblatt zu den Förderrichtlinien<sup>9</sup>. Es gibt aber keine Standards beim Aufstellen eines ENPs, daher rühren die Schwierigkeiten, ein solches Verzeichnis zu erstellen. Eine Arbeitsgruppe im Bayerischen Gemeindetag befasst sich damit (siehe Kapitel 7).

## 13 Bruno Danetiu: Aspekte der Förderung für Energiekonzepte

### 13.1 Portrait Bruno Danetiu



Fachberater Energie  
Amt für Ländlichen Entwicklung Schwaben  
Dr.-Rothermel-Str.12  
86381 Krumbach (Schwaben)

08282 92-300  
Bruno.Danetiu@ale-schw.bayern.de  
[www.landentwicklung.bayern.de/schwaben](http://www.landentwicklung.bayern.de/schwaben)

#### Die Erstellung eines ENPs/EKs erzielt meiner Meinung nach folgende Effekte:

Die Gemeinde erhält eine fundierte Datengrundlage über den Bestand und die Potenziale im Gemeindegebiet. Darauf aufbauend entsteht ein abgestimmtes Gesamtkonzept mit passenden Umsetzungsstrategien, das als Grundlage für weiterführende Teilkonzepte, Detailplanungen und Umsetzungen dienen kann. Ein schneller und koordinierter Umstieg auf erneuerbare Energien wird ermöglicht und die Wertschöpfung kann in der Gemeinde bzw. Region gehalten werden. Die Gemeinde hat die Möglichkeit, auf zukünftige energetische Entwicklungen Einfluss zu nehmen, parallel dazu werden Bürger sensibilisiert und motiviert, sich an der Energiewende zu beteiligen.

---

<sup>9</sup> Merkblatt „Energieeinsparkonzepte und Energienutzungspläne“  
[http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/user\\_upload/stmwivt/Themen/Energie\\_und\\_Rohstoffe/Dokumente\\_und\\_Cover/](http://www.stmwivt.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwivt/Themen/Energie_und_Rohstoffe/Dokumente_und_Cover/)

### **Aus meinen bisherigen Erfahrungen würde ich anderen Kommunen empfehlen, besonders auf Folgendes zu achten:**

Die Bürger sollen von Anfang an in den Prozess eingebunden werden und auch wirtschaftlich an Maßnahmen beteiligt werden, daher ist es wichtig, umsetzungsorientierte Maßnahmen zu erarbeiten.

## **13.2 Zusammenfassung des Vortrags**

„Ländliche Entwicklung“ im weitesten Sinn bezeichnet alle Fortschritte und Veränderungen im ländlichen Raum, also in Gebieten abseits von Ballungszentren, in denen der Agrarsektor das Erscheinungsbild dominiert. Zur Stärkung des ländlichen Raums bietet das Bayerische Landwirtschaftsministerium mit seinen sieben Ämtern der Ländlichen Entwicklung einige Instrumente wie die Flurneueordnung, die Dorferneuerung und die Integrierte Ländliche Entwicklung. Diese Instrumente eignen sich auch zur Unterstützung für die Umsetzung der Energiewende.

Die Ländliche Entwicklung hat im Bereich der Energiewende das Ziel, örtlich abgestimmte Energieprojekte zu ermitteln und diese in die Realisierungsphase zu begleiten. Zielgruppe sind dabei ländlich strukturierte Gemeinden, die bereits mit der Ländlichen Entwicklung zusammenarbeiten. Wichtig hierbei ist, dass die Konzepte in enger Zusammenarbeit/Kooperation der örtlichen Akteure entwickelt und durchgeführt werden.

Die Ländliche Entwicklung ist aufgrund ihrer Erfahrungen im ländlichen Raum, ihrer Vernetzung mit anderen Behörden, ihrer Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsansätzen und nachhaltigen Instrumente idealer Partner für die Belange der Kommunen hinsichtlich des Themas Energie.

Die Ämter für Ländliche Entwicklung können EKs auf drei verschiedenen Ebenen fördern. Zum einen besteht finanzielle Unterstützung im Rahmen der Dorferneuerung und im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung. Das in 2012 ausgerufene Sonderprogramm „100 bilanziell weitgehend energieneutrale Kommunen“ ist ein zeitlich befristetes Programm mit jeweils mindestens 14 zu vergebenden EKs, in dem die zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht sind. Im Rahmen der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung können aber noch EKs gefördert werden. Um allerdings in den Genuss einer Förderung zu kommen, sind folgende Voraussetzungen notwendig. Das Konzept muss die gesamte Gemeinde umfassend (bei Gemeindekonzepten) und die Bürger müssen informiert und intensiv beteiligt werden (z. B. über Arbeitskreise, Foren, Aktionen etc.). Zudem müssen mindestens drei Angebote von Planungsbüros eingeholt werden und es soll eine ganzheitliche Betrachtung des Themas erfolgen – so sollen Querbezüge zu Themen wie Innenentwicklung und Landnutzung hergestellt werden. Um während der Erarbeitung bzw. nach Fertigstellung der EKs Gemeinden im Hinblick auf Umsetzungsmaßnahmen betreuen zu können, kann in Gemeinden mit einem von dem Amt für Ländliche Entwicklung geförderten EK eine Prozessbegleitung gefördert werden.



Abb. 18: Bruno Danetiu während des Vortrags.

Nicht nur finanziell, sondern auch personell stehen die Ämter für Ländliche Entwicklung mit ihren Fachberatern den Kommunen zur Verfügung. Die Unterstützung reicht während der Konzepterstellung von der Erstberatung, den Hilfestellungen bei dem Vergleich der Angebote und der Auswahl der Planungsbüros bis hin zur Beachtung der Querbezüge innerhalb der Kommune, wie Innenentwicklung, Mobilität, Gebäudemanagement und Landnutzung. In der Umsetzungsphase werden dann Erfahrungsaustausche, Informationsabende und Exkursionen zu Referenzanlagen von den Fachberatern für Energie an ihrem Amt für Ländliche Entwicklung organisiert. Bei der Durchführung der Projektvorschläge aus dem EK werden die einzelnen Maßnahmen aufeinander abgestimmt und in Maßnahmen

der Ländlichen Entwicklung integriert, was neben der Förderberatung zu weiteren Kostenersparnissen der Kommune führt. Dass die Ländliche Entwicklung mit den an die Bedürfnisse der Kommunen ausgerichteten EKs einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung der vorgeschlagenen, energetischen Maßnahmen des Konzeptes leisten kann, liegt zum einen an der personellen Betreuung und zum anderen an der Beteiligung der Bürger und lokalen Akteure, die in alle Phasen der Konzepterstellung einbezogen werden. Dies stärkt die Akzeptanz der anzugehenden Maßnahmen vor Ort und sorgt durch die Initiierung von Arbeitskreisen bereits während der Konzepterstellung für eine spätere Entlastung der Kommunalverwaltung. Die Betreuung der EKs wird von den Gemeinden sehr geschätzt. Diese sind oftmals personell unterbesetzt, können sich daher aus zeitlichen Gründen nicht einem zusätzlichen Thema widmen oder verfügen noch über keine Erfahrungen im Energiesektor.

Die Nachhaltigkeit des Konzeptes ist ein wichtiger Aspekt. So wird den Gemeinden empfohlen, sich stetig mit dem Thema zu beschäftigen, sozusagen am (Energie-)Ball zu bleiben, z. B. durch regelmäßige Projektumsetzungen, Etablierung von Strukturen (Energiebeauftragter, Monitoring, Öffentlichkeitsarbeit) und gegebenenfalls externer Unterstützung von Außen.

Aus dem EK heraus sollen sich Maßnahmen ergeben, die idealerweise von der Ländlichen Entwicklung mit ihren Instrumenten unterstützt bzw. weiter begleitet werden können. So kann im Rahmen des EKs ein Anreiz zu Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden, die unter Umständen im Falle eines Dorferneuerungsverfahrens finanziell gefördert werden. Auch die Verlegung von Nahwärmenetzen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen der Dorferneuerung (Straßen-, Kanalsanierung) ist sinnvoll und kann Kostenersparnisse mit sich bringen. Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung im Rahmen einer Waldneuordnung können Holzreserven aktiviert und vervielfacht werden. Auch eine Flurneuordnung kann die Energiewende positiv unterstützen, in dem durch Flächenzusammenlegungen und Flächenneuordnung z. B. die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen erst ermöglicht wird.

Die Förderung über die Ländliche Entwicklung unterscheidet sich somit in mancher Hinsicht von der gewohnten Förderung „nach engen Richtlinien“ anderer Förderstellen (siehe die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die personelle Vor-Ort-Betreuung während der unterschiedlichen Phasen eines EKs ergeben). Hier steht im Mittelpunkt, zusammen mit den Aktiven vor Ort den ländlichen Gemeinden Bayerns und ihren Bürgern ein tragfähiges Zukunftskonzept, einen Plan für ein konkretes Projekt oder Teilgebiet hervorzubringen, zu konkretisieren und letztlich zu realisieren. Wenn dafür die Chancen gut stehen, können die Fachberater bis zu der Realisierung der Maßnahmen mit Rat, mit Tat und finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

### **Exkurs:**

**Flurneuordnung** (früher Flurbereinigung) – dahinter steckt die Idee, dass man landwirtschaftliche Flächen zur effizienteren Nutzung entsprechend zusammenlegt, einen historisch gewachsenen Fleckerlteppich von Nutzungen und Eigentumsverhältnissen sozusagen auflöst und neu verteilt. Diese neuen Flächen werden dabei durch ausgebaute Wege erschlossen und Hochwasserschutzmaßnahmen berücksichtigt, wobei ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten oder geschaffen werden. Die damit verbundenen Kosten werden bezuschusst. Das Amt für Ländliche Entwicklung leitet eine Flurbereinigung ein und bestimmt damit, welches Gebiet der Neuordnung zugehörig ist. So entsteht eine Teilnehmergeinschaft, die die Interessen der Teilnehmer formuliert, wobei diese oft nicht einfach zu ermitteln ist. Oft sind viele Besprechungen nötig, um die Einzelmeinungen zusammenzubringen. Dieser Meinungsfindungsprozess ist ganz identisch mit der Bürgerbeteiligung, die heute auch in vielen Energieprojekten erfolgt. Flurneuordnung wird heute nicht nur für landwirtschaftliche, sondern genauso gut für energiewirtschaftliche Belange eingesetzt, z. B. für die Flächenerschließung bei Windparks, Grundstückszusammenlegung für Photovoltaik-Freiflächen, oder zur Verwirklichung umfangreicher Wasserkraftwerkspläne.

**Dorferneuerung** ist das zweite Instrument der Ländlichen Entwicklung. In mancher Hinsicht der Flurneuordnung ähnlich, läuft die Dorferneuerung aber auf überwiegend bebauten innerdörflichen Flächen ab. Ein neuer Dorfplatz, eine geänderte Ortsdurchfahrt, abgestimmte neue Fassaden, der Bau eines Bürgerhauses oder eines Dorfladens..., all das sind klassische Förderbeispiele. Gerade in der Dorferneuerung ist Bürgerbeteiligung von Anfang an die Grundlage des Verfahrens. Oft werden dabei aus der Bürgerschaft heraus Ideen entwickelt, auf die wohl kein außenstehender Ortsplaner so leicht gekommen wäre. Im Rahmen einer solchen Dorferneuerung wurde z. B. in Aiterhofen der Aufbau eines Nahwärmenetzes gefördert. Sechs teils öffentliche, teils private Gebäude werden dabei von einer zentralen 320 kW Hackschnitzelanlage mit Heizwärme versorgt.

„**Integrierte Ländliche Entwicklung**“ (ILE) heißt die dritte wichtige Maßnahme der Ländlichen Entwicklung. Eine ILE ist ein Kooperationszusammenschluss mehrerer benachbarter Kommunen. Auch hier wird ein gemeinsames ILE-Konzept erarbeitet, werden Themenfelder bestimmt, in denen gemeinsame Ziele durch enge Kooperation zwischen den Gemeinden erreicht werden sollen. Auch „Energie“ ist in der Regel ein solches Handlungsfeld. Als Langfriststrategie ist die interkommunale Zusammenarbeit für benachbarte Gemeinden sicher sehr empfehlenswert. Besonders im Energiesektor sind einige der zukünftigen Herausforderungen zu groß für kleine ländliche Kommunen im Alleingang.

## 14 Resümee<sup>10</sup>

Die Veranstaltungsreihe hat es geschafft, die Themen ENP und EK aus vielen unterschiedlichen Richtungen zu beleuchten. Die intensiven Diskussionen an den Thementischen haben dabei gezeigt, dass es einen enormen Bedarf gibt, praxisnahe Informationen zu vermitteln, aber auch diskursiv unterschiedliche Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Ein großer Dank gilt daher allen an der Veranstaltungsreihe Beteiligten, d. h. den Organisatoren, Kooperationspartnern und Referenten, aber auch Ihnen, den Teilnehmern, die sich die Zeit genommen haben, sich über diese wichtigen Themen zu informieren und auszutauschen.

Von allen Ergebnissen fielen einige besonders auf. So darf die Erstellung eines ENPs oder EKs keine einmalige Aktion, also ein Strohfeuer sein, sondern muss langfristig in der Gemeindeverwaltung verankert werden. Dazu bedarf es des politischen Rückhalts durch Bürgermeister und Gemeinderat, aber auch der Wertschätzung der sogenannten „Kümmerer“, die sich dieser neuen Aufgabe annehmen. Die Einbeziehung und Beteiligung der Bürger und Unternehmen vor Ort ist allein aus Akzeptanzgründen unerlässlich. Es wurde zudem wiederholt der Wunsch nach einem regionalen Informations- und Erfahrungsaustausch zu den Themen der Energiewende geäußert. Dieser Wunsch ist gerechtfertigt, da die praktischen Erfahrungen anderer genutzt werden müssen, um – angesichts der knappen Personal- und Finanzressourcen – die Energiewende effizient voranzubringen. Hierbei könnten beispielsweise die Regierungen mit ihren Energiewendebeauftragten, aber auch die Landkreise eine koordinierende Rolle übernehmen. Durch alle Veranstaltungen zog sich wie ein roter Faden die dringende Forderung nach stabileren, politischen Rahmenbedingungen. Ohne diese kann die Energiewende nicht gelingen.

Noch eine Bitte zum Schluss. Vergessen Sie, die Entscheidungsträger und Verwaltungsmitarbeiter vor Ort, nicht, dass Sie als Multiplikator eine entscheidende Rolle im Rahmen der Energiewende spielen. Die Politik setzt dafür die Rahmenbedingungen, umgesetzt wird die Energiewende jedoch vor Ort, bei Ihnen daheim, am besten zusammen mit anderen Kommunen. Mit Ihrem Engagement im Bereich des

<sup>10</sup> Das Resümee gibt nicht das Fazit am Ende der Veranstaltung vor Ort wieder. Es beinhaltet vielmehr übereinstimmende Ergebnisse aller Veranstaltungen. Dies erscheint an dieser Stelle zweckmäßiger, da Doppelungen vermieden und allen Teilnehmern derart ein erster Überblick (die Gesamtdokumentation wird Mitte März 2014 erstellt sein) zu den wesentlichen Punkten der anderen Regionalveranstaltungen ermöglicht wird.

Energiesparens, der Steigerung der Energieeffizienz und des Ausbaus erneuerbarer Energien sind Sie bereits auf dem richtigen Weg oder begeben sich auf diesen. Dafür benötigt man aber Geduld und einen langen Atem, d.h. man muss länger als in den politischen Vier-Jahres-Einheiten denken. Denn bei diesem Thema geht es nicht nur um die nahe Zukunft, sondern vor allem auch um die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Deswegen geben Sie Ihre Erfahrungen wertneutral an ihre Bürgermeisterkollegen weiter, die sich noch nicht auf diesen Weg gemacht haben und verlieren sie nicht den Mut, sich angesichts ändernder Rahmenbedingungen weiterhin für dieses wichtige Thema einzusetzen.

In diesem Sinne: Seien Sie „Kümmerer“, von dem alle sprechen, motivieren Sie andere zum Mitmachen und bleiben Sie am (Energie-)Ball!